

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis Mk. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.  
Bergungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Besammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Die Last des Besitzes.

N. Jüngst hat einmal der Graf Posadowsky im Reichstag gemeint: der Besitz sei nie eine Tugend, selten ein Verdienst, aber immer eine angenehme Sache. Das Wort verriät keine besondere Weisheit, es enthält auch keine Spur wissenschaftlicher Kritik des Besitzes in ökonomischer oder politischer Hinsicht. Es ist ein Altvaterspruch, eine Duhendwahrheit, mehr eine Gemüts- und Stimmungsaussprache, als ein Zeichen wissenschaftlicher Erkenntnis. Das hat aber nicht gehindert, daß der Graf im Bart mit seiner beiläufigen Bemerkung übel angestoßen hat. Ein Mitglied der Fraktion derer von Bildung und Besitz, der Nationalliberale Hagemann, hat es für richtig gefunden, den Grafen Posadowsky vor versammeltem Reichstagsvolke zur Rede zu stellen und zu belehren, daß der Besitz durchaus keine angenehme Sache, sondern eine große Last sei, wobei dann der kundige Mann weiter versicherte, daß die Erhaltung eines erblichen Vermögens oft schlaflose Nächte verursache.

Man begreift es von einem Manne mit solchen Anschauungen, daß er mit allen Kräften bemüht ist, die Arbeiter vor der drückenden Last des Besitzes zu bewahren und ihre Nachkommen als Erben vor der Aussicht auf schlaflose Nächte zu schützen. Demzufolge versteht man auch folgenden Vorgang: Anlässlich der Reichstagswahl in Galbe-Wschersleben, die durch den Tod des Genossen Albert Schmidt erforderlich war, hielt Herr Hagemann am 23. Januar 1906 in Schönebeck eine Versammlung ab zugunsten seines Parteifreundes Placke. In seiner Rede kam er auch auf die Lage der Arbeiter zu sprechen, die er für sehr günstig hielt. „Denn denken Sie sich nur,“ so erzählte er, „was meiner Frau neuulich passierte, als sie Büchlinge zum Abendessen kaufen wollte. In demselben Delikatessengeschäft, in dem sie ihren Einkauf besorgte, erschienen auch zwei Arbeiterfrauen. Und was verlangten sie? Die eine wollte ein Viertelpfund Lachs, aber wie sie bezeichnenderweise hinzufügte: nicht von dem gelben; die andere verlangte gar ein Viertelpfund Trüffel-Leberwurst. Nun, meine Herren,“ so schloß Herr Hagemann, „wenn die Arbeiter noch Trüffelleberwurst und Lachs essen können, so lange herrscht noch keine Not unter ihnen.“

Darin hat Herr Hagemann ohne Zweifel recht, und da Trüffel und Lachs schwerverdauliche Dinge sind, so spricht es für das Arbeiter- und menschenfreundliche Herz des Mannes, wenn er Sorge trägt, daß die armen schwachleibigen Proletarier vor solchen Dingen bewahrt bleiben. Um so verwunderlicher ist es, daß Herr Hagemann mit seiner Polemik gegen den Grafen Posadowsky nicht den Beifall seiner Parteigenossen gefunden hat. Die „Kölnische Zeitung“ pußt ihn energisch herunter; sie entdeckt „in seiner gesamten politischen Anschauung eine nicht unerhebliche Abweichung von den Worten der früheren Fraktionsredner“. Unter anderem hält es das Blatt für bedauerlich, daß „der Redner sich veranlaßt fühlte, die Polemik gegen den Grafen Posadowsky noch zu vertiefen“, zumal durch Ausführungen, die „mit ihren Schreck- und Schlagworten über den Katheder sozialismus, über die „Last des Besitzes“, die Unannehmlichkeit einer Erbschaft und dergleichen auf Wissenschaftlichkeit und Sachlichkeit keinen Anspruch erheben können“.

Da tut nun die „Kölnische Zeitung“ dem Abgeordneten Hagemann bitter unrecht, wenn sie auf seine Kosten die sozialpolitische Ehre der Nationalliberalen Partei zu retten versucht, indem sie ihn in Gegensatz bringt zu den angeblich sonst in der Partei üblichen Anschauungen. Am 13. Februar gab Herr Hagemann im Reichstag seine Besitztheorie zum besten. Am Tage darauf, am 14. Februar, gab es im preussischen Abgeordnetenhaus eine sozialpolitische Debatte. Bei der Beratung des Stats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung kam man auch auf die Verhältnisse der preussischen Bergarbeiter und weiter auf die Lage der Arbeiter im allgemeinen zu sprechen. Dabei meinte der Abgeordnete Julius Vorster (Köln), der zwar der freikonservativen Fraktion angehört, aber sonst den Nationalliberalen vom Schlage der „Kölnischen Zeitung“ sehr nahe steht:

„Wer heute noch annimmt, daß die Arbeiter schlecht behandelt werden könnten, der steht der Praxis außerordentlich fern. Ich glaube, wenn heute jemand schlecht behandelt wird, dann ist es mehr der Unternehmer als der Arbeiter.“

Und Herr von Gynern aus dem Wuppertal, der bekannte Führer der Nationalliberalen, nahm den Faden des Herrn Vorster auf, bestätigte seine Wahrnehmungen und meinte:

„Ich kann nur versichern, daß ein sehr großer Teil der Arbeitgeber unter dem ruhelosen Gebaren der Arbeiter dazu übergegangen ist, sich von ihrem Besitz zu befreien, Aktiengesellschaften und dergleichen zu gründen, wo die Verantwortung des einzelnen nicht mehr so drückend ist.“

Und ein anderer Nationalliberaler, der Abgeordnete Macco aus dem Siegerlande, drückte sich in ähnlichem Sinne aus:

„In meiner langjährigen industriellen Tätigkeit habe ich nur beobachtet, daß die Unternehmer in Deutschland unter den härtesten Verhältnissen gekämpft und nur mit schweren Opfern unsere Industrie aufrechterhalten haben. Unseren Arbeitern ist es im Verhältnis dazu immer noch gut gegangen, sie hatten keine Vermögensverluste.“

Man sieht also: nach der allgemeinen Anschauung der Nationalliberalen ist die Meinung des Herrn Hagemann zutreffend, daß der Besitz eine Last, eine große Last ist, der die Besitzenden nicht mehr gewachsen sind, so daß sie sich der unerträglichen Bürde zu entledigen trachten, um nicht die Arbeiter beneiden zu müssen, die wenigstens vor Vermögensverlusten sicher sind. Die Arbeiter sind nun keine Unmenschen, die ein Vergnügen daran haben, die armen Reichen unter der überschweren Last des Besitzes leiden zu sehen. Waren sie bisher schon tätig in dem Bestreben, den Besitzenden die unbequeme Last zu erleichtern, indem sie einen größeren Anteil am Arbeitsertrage zu erringen suchten, so gedenken sie in Zukunft durch Mehrung und Festigung der Gewerkschaften und durch Erhöhung ihres politischen Einflusses in diesem Bemühen noch mehr Eifer und Kraft aufzuwenden.

Und sie gedenken es bei der Erleichterung der Last nicht bewenden zu lassen. Das Endziel der proletarischen Bewegung geht hin auf die Erfüllung des Wunsches, der nach Herrn von Gynern die bedrängten Kapitalisten beseelt: Die Befreiung der Kapitalisten von der Last des Besitzes, zu dessen Verwaltung ihre Verantwortung nicht mehr hinreicht. Allerdings gedenken wir es nicht bei einer bloßen Änderung der Besitzform zum Besten der Besitzenden bewenden zu lassen, sondern die Last des Besitzes soll der Allgemeinheit zu Lasten kommen, die ihn zu tragen.

## Ein Wendepunkt.

(Schluß.)

Das wirtschaftliche Leben ist freilich so kompliziert, so stark abhängig von den mannigfachen Ursachenreihen, daß diese Erscheinungen weder plötzlich, noch allgemein, noch überall in gleichem Maße in Erscheinung treten werden, ja es werden sich vielleicht für manche Industrien nur Verschiebungen, aber keine besonderen Änderungen des Beschäftigungsgrades ergeben. Haben wir für fast alle Industriezweige mit dem Wettbewerb anderer Kulturländer auf dem Weltmarkt zu rechnen, so ist es selbstverständlich nicht möglich, daß der Weltmarkt sofort auf die bisherigen Zufuhren aus Deutschland zu verzichten vermag. Die Abnehmer in anderen Ländern werden nichtdeutsche Fabrikate bevorzugen, sie werden aber auf deutsche Fabrikate zurückgreifen müssen, wenn von den anderen Industriestätten der Bedarf vorerst nicht gedeckt werden kann. Die deutschen Unternehmer werden alles versuchen, um sich ihre Stellung auf dem Weltmarkt zu erhalten, sie werden mit allen Mitteln danach streben, billiger zu produzieren, vor allem werden sie bemüht sein, die Arbeitskraft stärker auszunutzen durch intensivere Anwendung der Maschinerie, durch weiteren Ausbau der Arbeitsleistung, gelernter Arbeiter durch ungelernete ersetzen, sie werden suchen, durch Änderung der Arbeitsfestsetzung, durch sonstigen Druck auf die Löhne den Anteil des Faktors Arbeit an den Produktionskosten möglichst hinunterzudrücken. Ebenso werden sie danach streben, Rohprodukte und Halbfabrikate denkbar billig zu erhalten und dadurch auch einen Druck auf den Arbeitsmarkt anderer Industrien auszuüben. Sie werden zuletzt bereit sein, auf einen Teil der in den letzten Jahren überaus hohen Unternehmerrgewinne zu verzichten, um ihre Position auf dem Weltmarkt nicht zu verlieren.

Die Monate vor dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge haben die Fabrikanten durch höchste Anspannung der Produktion, durch zahllose Überstunden und Nachtarbeit

ausgenützt, um sämtliche Lager im Ausland zu füllen, um zu billigen Preisen auch nach dem Inkrafttreten der höheren Zölle dem ausländischen Abnehmer deutsche Waren zuzuführen. Dies geschah nicht bloß deswegen, um sich einen Gewinn für den Augenblick zu sichern, sondern auch um im Ausland den Glauben zu erwecken, daß trotz der geänderten Voraussetzungen noch weiter zu den alten Bedingungen geliefert werden könne, daß somit eine Abwendung von den bisherigen Lieferanten, ein Suchen nach neuen Bezugsquellen nicht erforderlich sei. Der Rückhalt, den die deutsche Industrie in der hochkonzentrierten Bankorganisation besitzt, ermöglicht es, ganz ungeheure Vorräte für das Ausland bereitzustellen. Ob diese Produktion auf Vorrat nicht schon an vielen Orten in wenigen Wochen zur Entlassung von Arbeitern, zur Verringerung der Arbeitszeit führen wird, muß abgewartet werden. Vieles spricht dafür, daß die Wirkungen nicht sofort in Erscheinung treten werden, denn die angespannte Arbeit für den ausländischen Markt hat aller Vermutung nach überall dort, wo es irgend möglich war, zur Zurückstellung der für das Deutsche Reich bestimmten Aufträge geführt.

Ein wichtiges Moment, das die volle Wucht der künftigen Erschwerungen des Handels abschwächen wird, sind die ungeheuren Zerstörungen, die der russisch-japanische Krieg und die Revolution in Rußland im Gefolge hatten. Um Hunderte Millionen müssen Rußland und Japan Lokomotiven, Eisenbahnwagen, sonstige Eisenbahnmateriale, Schiffe, Maschinen aller Art, Werkzeuge und mannigfache andere Gegenstände beziehen. Wenn Deutschland auch nicht die Aussicht hat, hierbei irgendwie vor anderen Ländern bevorzugt zu werden, so wird das Bedürfnis rascher Ergänzung der Verluste unmöglich machen, die deutsche Industrie zu boykottieren, wofür sehr viel Stimmung vorhanden sein dürfte. Ebenso ist zu bemerken, daß China einen von Jahr zu Jahr gewaltig steigenden Bedarf an europäischen Industrieprodukten hat, von dem Deutschland, hätte es eine weniger provozierende Politik gegen China eingeschlagen, mehr profitieren könnte; aber völlig umgangen kann Deutschland von China auch nicht werden, vor allem nicht in bezug auf die Produkte der Elektrizitätsindustrie und der für den Eisenbahnbau und Eisenbahnbetrieb erforderlichen Materialien.

Im Innern des Landes müssen wir freilich mit einer ganz erheblichen Minderung unseres Absatzes rechnen. Wenn in der Konsumsteigerung der Arbeiterbevölkerung die wichtigste Voraussetzung wirtschaftlichen Fortschrittes liegt, so wird die unzweifelhafte Schwächung dieses Konsums infolge der Verteuerung der Lebensmittel und des geringen Beschäftigungsgrades den Geschäftsgang in allen Industriezweigen vermindern. Eine einzige Ausnahme läßt sich vielleicht erwarten. Das Baugewerbe dürfte von der Zollpolitik Vorteil haben. Die reichen Ertragnisse des Großgrundbesitzes werden zu einer erhöhten Bautätigkeit auf dem Lande führen. Eine große Zahl von Neu-, Erweiterungs- und Reparaturbauten auf dem Lande kann für die nächsten Jahre bestimmt erwartet werden. Dieser Vorteil der Bauarbeiter wird aber auf die anderen Industriezweige keinen allzu starken Einfluß ausüben können, weil die Bauarbeiter einen verhältnismäßig geringen Prozentsatz der gesamten Arbeiterschaft bilden und weil die Lage der Landarbeiter trotz der günstigeren Verhältnisse des Großgrundbesitzes nur verschlechtert werden dürfte, da wegen des Aufhörens der Abwanderung in die Städte das Angebot landwirtschaftlicher Arbeit wachsen und die Nachfrage bald übersteigen wird. Die günstige Lage des Großgrundbesitzes wird voraussichtlich auch zu einer gesteigerten Verwendung landwirtschaftlicher Maschinen und damit zu einer Überflüssigmachung der Handarbeiter führen. Bei dem ungeheuren Umfang der deutschen Maschinenindustrie kann ein stärkerer Absatz von landwirtschaftlichen Maschinen keinen Ausgleich schaffen für die sonstige Minderproduktion.

Die großen Erschwerungen des Absatzes werden zu einer verheerenden Konkurrenz unter den Unternehmern führen. Verbilligung der Produktion wird in noch viel höherem Maße als bisher der leitende Gesichtspunkt unserer Industriellen werden. Die Voraussetzungen hierfür sind aber nicht zuletzt in der Verfügung über großes eigenes oder fremdes Kapital zu suchen. So wird der Einfluß des Großkapitals, der Banken, der Kartelle gewaltig gesteigert werden. Gerade die Großen und Größten werden, wenn auch vielleicht mit manchen Einbußen an Gewinn, die neue Periode deutscher Handelspolitik überstehen und überwinden. In dem sich nun verschärfenden Kampfe um das Dasein wird aber mit den Klein- und Mittelbetrieben in ganz fürchterlicher Weise aufgeräumt werden. Die Handwerkermeister, die den Schwanz der Kon-

servativen, der Nationalliberalen, der Zentrums- und der Sozialdemokratischen Parteien bilden, die sich herausheben an den mittelständischen Leben, werden ihre Begeisterung für die Schutzpolitik zu Tausenden mit dem Verlust ihrer selbständigen Existenz bezahlen.

Den schwersten Kämpfen geht die Arbeiterklasse entgegen. Aber sie besitzt den Rückhalt einer gekräftigten Organisation, die niemals wichtiger und bedeutungsvoller sein wird, als in den traurigen Zeiten, die nun, wenn auch nicht plötzlich und überall gleichzeitig, hereinbrechen werden. Gerade die Zeit, die uns noch übrig bleibt, bevor die Folgen der neuen Handelspolitik mit voller Schärfe auf die Arbeiter wirken, sollte ausgenützt werden zur inneren und äußeren Kräftigung der Gewerkschaften. Zeit ist nun nicht mehr zu verlieren.

## Der Deutsche Holzarbeiterverband und die Berufsorganisationen in der Holzindustrie.

Unser Gr.-Mitarbeiter schreibt uns:

Der Holzarbeiterverband zählt gegenwärtig über 180 000 Mitglieder und steht damit in bezug auf die Mitgliederzahl an dritter Stelle unter den deutschen Gewerkschaften. Geachtet von Freund und Feind, darf der Verband auf seine bisherige Tätigkeit mit hoher Befriedigung zurückblicken. Wenn im Jahre 1898 mancher Kollege nicht ohne schwere Bedenken seine Branchenorganisation im Holzarbeiterverband aufgehen sah, und man verschiedentlich die Befürchtung äußern hörte, daß im Industrieverband die Interessen der engeren Berufskollegen nicht in dem Maße wahrgenommen werden könnten als in der seitherigen Organisation, so muß jeder objektive Beobachter heute zugeben, daß jene Schwarzseher sich getäuscht haben. Die Erkenntnis, daß im Industrieverband der Kampf für die Verbesserung der Lage der verschiedenen Branchenangehörigen mit mehr Nachdruck geführt werden kann, brachte zunächst die Vereinigung der früheren Organisationen der Stellmacher, Drechsler, Wirtschmacher und Tischler im Holzarbeiterverband zustande. Nachträglich schlossen sich dann die Korbmacher, die Korftarbeiter, die auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und in neuerer Zeit der Verband der Möbelpolierer dem Verband an. Erst kürzlich löste sich der Werftarbeiterverband zugunsten des Holz- und Metallarbeiterverbandes auf. Ferner hat der Berggoldverband durch Abstimmung mit großer Majorität den Anschluß an den Holzarbeiterverband beschlossen, und dürfte dessen Übertritt zu Ostern perfekt werden; auch im Bildhauerverband wird diese Frage in letzter Zeit eifrig diskutiert.

Nun liegt für unseren Verband keine Veranlassung vor, irgendwie darauf zu drängen, daß die Berufsorganisationen in der Holzindustrie ihren Anschluß an den Holzarbeiterverband vollziehen; doch darf nicht verkannt werden, daß es bei Lohnbewegungen manchmal recht unangenehm ist, wenn zwei oder mehr Organisationen „dreingereden“ haben. Dieses Moment ist aber wichtig genug, um eine Beschäftigung mit dieser Materie gerechtfertigt erscheinen zu lassen.

Als Organisationen, die für den Anschluß an den Holzarbeiterverband in Betracht kommen, sind zu nennen: der Glaser-, Schiffszimmerer-, Bildhauer- und in letzter Linie der Wirtschmacherverband. Wenn wir davon absehen, auf diese Verbände einzuwirken, so geschieht es deshalb, weil wir nicht daran zweifeln, daß die Angehörigen der in Betracht kommenden Organisationen im Laufe der Zeit ganz von selbst zu der Überzeugung kommen werden, daß ein Zusammenschluß im Interesse der Mitglieder liegt. Durch die wirtschaftlichen Kämpfe der nächsten Jahre wird das Maßgebende dieser Überzeugung voraussichtlich sehr stark gefördert werden.

In erster Linie kommt der Schiffszimmererverband in Frage. Während der letzten Jahre sind wir aus den Kämpfen mit den Werftgewaltigen gar nicht mehr herausgekommen. Jede Lohnbewegung, auch die der kleinsten Branche auf irgend einer Werft, führte zur Schließung sämtlicher Werften an der Unterwerf. Diejenigen Organisationen, welche den größten Teil ihrer Mitglieder auf Werften beschäftigt haben, wurden bei diesen Kämpfen finanziell besonders in Mitleidenenschaft gezogen. Eine Folge hiervon war ja die Auflösung des Werftarbeiterverbandes. Wenn nun auch die beteiligten großen Organisationen auf die Leistungsfähigkeit der kleinen gern Rücksicht nehmen, so sind sie aber doch auch verpflichtet, für die Verbesserung der Lage ihrer Mitglieder zu sorgen, und gegenüber dieser Pflicht läßt es sich nicht immer vermeiden, daß die Rücksichtnahme auf die finanzielle Lage anderer Organisationen zurücktreten muß. Über kurz oder lang wird ein neuer Kampf auf den Werften aufgenommen werden müssen, denn unsere Berufskollegen, die Tischler, werden in Hamburg, Bremen und Bremerhaven noch mit Stundenlöhnen von 32 bis 34 Pf. gezahlt, während die Werftstellentischler (Bau- und Möbeltischler) solche von 45 bis 55 Pf. haben. Daß dieser Zustand sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten läßt, ist einleuchtend. Wenn nun der Kampf aufgenommen wird, und es kommt wieder zur Aussperrung? Sollen wir dann, weil der Verband der Schiffszimmerer einen längeren Kampf nicht führen kann, wieder Schluß machen? Wir meinen, daß man dieses nicht gut verlangen kann, und darum ist der Weg für den Schiffszimmererverband gezeichnet. — Bemerkten wollen wir noch, daß mit Willen und Wissen des Schiffszimmererverbandes diejenigen Schiffszimmerer, welche dem Werftarbeiterverband angehörten, zum Holzarbeiterverband übergetreten sind. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß diejenigen, welche noch nicht organisiert sind, auch bei uns Aufnahme finden müssen. Wir wollen aber zum Anschluß nicht drängen, sondern müssen die Lösung dieser Frage dem Willen des Schiffszimmererverbandes und — der Entwicklung überlassen.

Eigenartig liegt das Verhältnis mit dem Glaserverband. Während in Nord-, Ost- und Mitteldeutschland die Fenster- rahmen von Tischlern angefertigt werden, finden wir Land- striche in West- und Süddeutschland, wo diese Arbeit als die der Glaser angesehen wird. Der Vorstand des Holz- arbeiterverbandes hat, soviel wir wissen, früher auf dem Standpunkt gestanden, daß diese „Glaser“ in den Glaser- verband gehören. Wir meinen, daß dieser Standpunkt re- vidert werden muß. Wenn ein norddeutscher Schreiner nach dem Süden wandert und baut dort Fenster, so hat er keines- wegs seinen Beruf gewechselt, denn nach Auffassung der meisten deutschen Kollegen ist derjenige, der Fensterrahmen anfertigt, Tischler und kein Glaser, gleichgültig ob er diese in Bremen oder Mannheim macht. Im Süden sind heute sehr viele norddeutsche Bautischler beschäftigt, die auch nach Ansicht des Glaserverbandes zu uns gehören. Aber was für den einen recht, ist für den anderen billig. Darum sollte man die Kollegen, welche Fensterrahmen anfertigen, als das betrachten, was sie sind, nämlich als Tischler, die demgemäß in den Holzarbeiterverband gehören. Dies liegt besonders auch im Interesse derjenigen Kollegen, welche sich im Lohn- kampf befinden, weil es dann dem Vorstand weit leichter ist, Streikarbeit zu verhindern. Bemerken will ich nur, daß zum Beispiel aus Stuttgart und Ludwigshafen ganze Ladungen Fenster nach Düsseldorf während des dortigen Kampfes kamen, deren Anfertigung leichter hätte verhindert werden können, wenn die „Glaser“ dem Holzarbeiterverband an- gehörten. Das Wichtigste würde ja sein, wenn eine Ver- einigung mit dem Glaserverband möglich wäre; da diese aber, soweit wir die Verhältnisse kennen, für absehbare Zeit ausgeschlossen ist, bleibt unseren Kollegen nur der bezeichnete Weg übrig, um sich vor Schaden zu bewahren.

Der Bildhauerverband sträubte sich früher gegen den Zu- sammenschluß, weil in unserem Verband die Arbeitslosen- unterstützung und einige weitere Unterstützungsgegenstände, die man dort hatte, nicht eingeführt waren. Man würde sich verschlechtern, wurde erklärt, da der Holzarbeiterverband mit seinen niedrigen Beiträgen nicht das leisten könne, was die Mitglieder in jenem Verband verlangen. Dieser Grund war berechtigt, doch hat sich der Zustand nun erheblich geändert. Unsere Beiträge sind in den meisten Orten durch den Willen der Kollegen erheblich erhöht, weil man einsehen gelernt hat, daß bei niedrigen Beiträgen nichts erreicht werden kann. In einer Reihe von Orten sind die Beiträge heute nicht niedriger als bei den Bildhuern. Dieses und vor allen Dingen aber der Umstand, daß eine große Anzahl Mitglieder des Bild- hauervereins mit unseren Kollegen zusammenarbeitet und bei Lohnbewegungen mit diesen zusammengehen muß, hat es in letzter Zeit dazu gebracht, daß man im Bildhauerverband wieder begonnen hat, sich mit der Frage des Zusammen- schlusses zu beschäftigen. In Berlin wurde in den letzten Wochen diese Angelegenheit in einigen Mitgliederversam- lungen diskutiert. Bei dieser Gelegenheit spielten die früher angeführten Gründe gegen den Zusammenschluß jetzt eine weniger große Rolle, dagegen hob man besonders hervor, daß die Interessen der Steinbildhauer und Modelleure im Holzarbeiterverband nicht in dem Maße gewahrt werden könnten, als dieses im Bildhauerverein möglich sei. Diesen Einwurf möchten wir nicht gelten lassen, sondern darauf verweisen, daß es im Drechslergewerbe ähnlich liegt. Die Perlmutter-, Labaster- und Summidrechsler usw. sind ja auch keine „Holz“arbeiter. Trotzdem werden die betreffenden Kollegen mit Recht sagen können, daß ihre Interessen genau so vertreten werden als diejenigen der Holzdrechsler, ja wegen der Eigenartigkeit der Berufe weit nachhaltiger Vertretung finden können. In Betracht kommt ja auch, daß den ein- zelnen Branchen durch Sectionen, Branchensitzungen und Ab- wendung von Zeit also möglichst in vorkommende Fälle Rechnung getragen wird. Im Bildhauerverband wird sich der Einigungsgedanke mehr und mehr Bahn brechen. Ob und wann der Zusammenschluß erfolgt, dürfen wir ruhig der Zeit überlassen. Kommt eine Einigung später zustande, so sind wir überzeugt, daß da in manchem der Bildhauer- verein für uns vorbildlich war, wenn wir mit gleichwertigen Kampfgenossen zusammen kommen. Bis dahin soll das gleiche Streben uns vereinen.

In der Wirtscherei macht sich in den letzten Jahren das Eingreifen der Maschinen besonders bemerkbar. Der gelernte Arbeiter wird in dieser Branche wie in der gesamten Holz- industrie mehr und mehr durch den nichtgelernten zurück- gedrängt. In manchen Betrieben wird neben der Hand- fabrication sonstige Holzbearbeitung betrieben, so daß auch hier bereits Angehörige beider Organisationen in größerer Anzahl zusammenarbeiten. Bei der weiteren Entwicklung und dem „Bestreben“ der Arbeitgeber, die Arbeiter zum weiteren Zusammenschluß zu drängen, dürfte im Laufe der Zeit eine engere Verbindung geboten erscheinen. Darüber dürften vielleicht noch Jahre vergehen, doch die Entwicklung auch in diesem Beruf weist unverkennbar auf das angedeutete Ziel hin.

## Zur Lage im Drechslergewerbe.

(Schluß.)

### 4. Die zukünftigen Aufgaben der Drechslerarbeiter.

Wer den gesamten Entwicklungsgang im Drechslergewerbe übersehen kann, der dürfte schon längst erkannt haben, daß dieses Gewerbe viel Berufseigentümlichkeiten, die größtenteils durch die Umwälzungen der letzten Jahrzehnte hervor- gerufen sind, aufweist. Diese Faktoren sind mit Schuld an den mißlichen Existenzverhältnissen der Drechslerarbeiter. Allein schon, daß die Drechserei nur selten als selbständiges Gewerbe zur Geltung kommt und deshalb größtenteils von anderen Gewerben abhängig ist, hat bewirkt, daß die hier-

durch bedingte große Konkurrenz zu einer wesentlichen Be- billigung der Drechslerwaren geführt hat. Jede Neuerung in diesem Beruf, jeder noch so bedeutende die Produktion erleichternde Fortschritt hat den Arbeitern keine Verbesserung ihrer Existenzbedingungen gebracht, wohl aber, wie be- reits statistisch nachgewiesen, eine Verschlechterung. Weh- und willenlos, ohnmächtig gegenüber den an sie heran- getretenen Verhältnissen, trugen die Arbeiter als die wirt- schaftlich Schwächeren den größten Teil der Kosten für die Weiterentwicklung, für die rapide Umwälzung in ihrem Ge- werbe. Fehlt den Drechslern bisher zum größten Teil die Vorbedingungen des Zusammenschlusses in einer Organisation, um hierdurch mit aller Energie allen un- billigen Anforderungen begegnen zu können, und fände daher die Unternehmer willfährige Arbeiter, die in jeder, noch so empfindlich schädigende Verschlechterung ihrer wirt- schaftlichen Verhältnisse einwilligen mußten. In der lauen, interesselosen Haltung eines großen Teils der Drechsler liegt wohl unbestritten die Hauptursache der mitunter tieftraurigen Lage derselben.

Ein vollgerüttelt und geschüttelt Maß voll Schuld tragen diese Kollegen auch deshalb, weil sie durch ihr unverzäh- liches Verhalten den bessergefinten Teil ihrer Kollegen hinderten, für Beseitigung der eingerissenen Mißstände um für Erringung besserer Existenzbedingungen tätig zu sein. Alle so gewaltig vorwärtschreitenden Verhältnisse in ihrem Gewerbe mußten daher die Drechsler rat- und tatenlos an- sich vorbeiziehen sehen. Keinen Vorteil haben sie hiervon gehabt, sie, die Epigonen der „altehrbaren“ Drechslerkluft und des einst so viel besungenen Handwerkes. Bei langer Arbeitszeit und niedrigen Löhnen, zumeist im Frontdienst eines Kleinmeisterturns, muß daher ein großer Teil der Drechsler den Kampf ums Dasein führen, ja muß die Wirt- schaftskraft von Frau und Kinder zur notdürftigen Erhaltung seiner Existenz dem Kapital mit zur Verfügung stellen. Man angesichts dieser Verhältnisse nicht bei den gleichgültigen Kollegen der Wunsch und der Drang nach einer besseren Zukunft entstehen? Oder wollen die Drechsler Deutschland auch weiterhin sich von den Verhältnissen, von der Weiter- entwicklung der Produktion überholen lassen? Wollen sie auch jetzt noch so fortleben und müßig zusehen, bis etw. Zeichen und Wunder geschehen, welche die Verhältnisse ihrer Branche bessern sollen? Niemals ist durch bloße Wünsche etwas besser geworden. Wünsche allein lähmen die Tatkraft! Bessere aber, von allen Kollegen geliebt, muß auch die Arbeiter der Drechslerbranchen vorwärts bringen. Jetzt muß für alle diese Kollegen der Zeitpunkt gekommen sein, wo es gilt, mit allem Nachdruck gegen die unwürdigen Zustände in ihrem Gewerbe anzukämpfen, ja, wo es gilt, tatkräftig zur Erlangung einer besseren Existenz tätig zu sein. Über unerlässliche Vorbedingung zu alledem ist eine straffe einheitliche Organisation; und gerade an dieser mangelt es unter den Drechslern am allermeisten. Nahezu drei Fünftel derselben stehen einer solchen fern. Gleichgültig gegen alle was Arbeiterbewegung heißt, leben diese dahin, unbekümmert um die sich rückwärts bewegenden Verhältnisse in ihrer Branche. „Es nützt ja doch nichts, wenn wir uns organi- sieren,“ so hört man diese Kollegen so oft sagen. Und doch hat gerade die Organisation der Holzarbeiter mit all ihren zahlreichen wirtschaftlichen Kämpfen es bewiesen, daß es doch nützt, wenn alle Kollegen einig und geschlossen zu- angehören und hiernach das ernste Bestreben zeigen, mit Einsetzung ihrer ganzen Kraft eine durchgreifende Verbesse- rung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Daselbe wird auch gegenüber den Drechslern geschehen, so bald diese sich endlich aufrufen, sich vereinigen, um gemein- sam für Verbesserungen zu bestreben.

Sie sind gegen die Unternehmer, ob groß, ob klein, der ge- samten Arbeiterschaft ein lehrreiches Beispiel durch ihre Zusammenschluß in ihren Verbänden, womit diese die be- rechtigten Forderungen der Arbeiter bekämpfen. Auch die Unternehmer im Drechslergewerbe haben längst die Vorteile einer Organisation erkannt und sich zum Teil den bestes- ten Unternehmerverbänden angeschlossen, zum größten Teil aber gehören sie den Zwangsinnungen an. Aber gleichwohl mit Hilfe welcher Organisationsform die Unternehmer der Bestrebungen der Arbeiter entgegenzutreten, der Zweck hierbei wird nur zu oft erreicht durch den Indifferentismus der Arbeiter. Nur selten haben die Unternehmer des Drechsler- gewerbes von den Machtmitteln ihrer Organisation Gebrauch machen können, weil spezifisch Drechslerlohnbewegungen in den letzten Jahren nicht allzu häufig geführt werden konnten infolge des mangelnden Zusammenschlusses der Drechsler. Es hat fast den Anschein, als ob ein zu großer Teil der Drechsler dem Verbandsleben gleichgültig, teilnahmslos gegenübersteht. Denn während in den letzten Jahren die kleineren Branchen der Holzberufe eine regere Anteilnahme an ihren internsten Berufsfragen bekundeten, blieben die Drechsler auch hierin zurück, obwohl gerade in den Drechsler- branchen mit all ihren vielen Eigentümlichkeiten naturgemäß viele Fragen offen stehen.

Es soll hierbei einer Drechslerkonferenz nicht das Wort geredet werden, nein, denn bei den zahlreichen Mißständen der Drechslerbranche würde sich vorderhand eine solche nur als von untergeordneter Zweckmäßigkeit erweisen. Genügend andere Agitationsmittel stehen zunächst zur Aufklärung der indifferenten Drechslerkollegen zur Verfügung und liegt es nur an jedem einzelnen befähigten Verbandskollegen, dies- selben künftig mit mehr Energie als bisher zum Nutzen des gesamten Gewerbes anzuwenden. Das Endergebnis einer solchen Agitationsarbeit kann nicht zweifelhaft sein.

Verkehrt ist es aber, behaupten zu wollen, die Drechsler wären der Organisationsidee mit am allerunzugänglichsten. Wenn auch zugegeben werden muß, daß die Drechsler in

Jahre 1904 prozentual die allergeringste Zunahme in der Organisation zu verzeichnen hatten gegenüber anderen Branchen, so darf man doch hierbei die schwierigen Verhältnisse im Drechslerberufe, die innerhalb der letzten 8 bis 10 Jahre immer mehr überhand nahmen und die Organisationsarbeit sehr behinderten, nicht verkennen. Aber durch nachdrückliche Betätigung aller Kollegen in der Organisation können alle bestehenden Schwierigkeiten zum großen Teil überwunden werden. Gar viele Berufsfragen harren ihrer Erledigung. Der ganze Entwicklungsgang der Produktionsverhältnisse, die Krisen im letzten Jahrzehnt, sowie die hierdurch hervorgerufene mißliche wirtschaftliche Lage der Drechsler aller Branchen haben diese Fragen gezeitigt, lehren aber zugleich zur Evidenz, daß der Arbeiter nur allein auf sich selbst angewiesen nichts gegen diese krassen Auswüchse des heutigen modernen Wirtschaftslebens auszurichten vermag.

An manchen Orten haben die Drechsler das schon längst erkannte, sich organisiert und hiernach mit vereinten Kräften bessere Existenzbedingungen errungen. Manches lehrreiche Beispiel aus der Drechslerbewegung ließe sich hierfür anführen, aber auch dafür, wie mancher schöne Erfolg durch die gleichgültigen, indifferenten Kollegen wieder preisgegeben werden mußte. Und bei diesen, leider allzu zahlreichen Kollegen das Verständnis für die in der Organisation liegende Kraft zu erwecken, muß in Zukunft die schönste Aufgabe eines Verbandskollegen sein. Was auch die fernere Zeit dem Drechslergewerbe bringen möge, unverbrüchlichste Pflicht jedes einzelnen ist es, für Gewinnung neuer Verbandsmitglieder zu wirken. Nicht noch einmal darf die Zeit kommen, wo die Kollegen des Drechslerberufs ungerüstet gegenüber allen an sie herantretenden Verhältnissen dastehen! Nein, sondern gestützt auf die Macht der Organisation wird hierdurch trotz aller bestehenden Hindernisse der Weg, der allein zu einer Besserstellung der Erwerbsverhältnisse im Drechslergewerbe führt, sich finden lassen. Leicht ist die Aufgabe gewiß nicht, vor welche hiermit die Drechslerkollegen gestellt werden, aber ernster Wille, Freudigkeit und Ausdauer in der Organisationsarbeit wird auch sie von Erfolg zu Erfolg führen. Auf dem, Drechsler Deutschlands — es ist hohe Zeit!

**Zum Verbandstag.**

Aus einem längeren Artikel, in welchem einleitend darauf hingewiesen wird, daß die Kämpfe mit dem Unternehmertum immer gewaltiger werden und daß diese Entwicklung vom Standpunkt des Klassenkampfes nur zu begrüßen ist, zitiere ich folgende Sätze: Es fragt sich deshalb, sind wir umstände, allen Anforderungen zu genügen, welche in nächster Zeit an uns gestellt werden können? Auf der anderen Seite macht sich auch in Kollegenkreisen immer mehr das Verlangen nach weiterem Ausbau der Unterstützungseinrichtungen in unserer Organisation geltend. Das Verlangen nach Einführung der Krankenunterstützung wird sich nicht mehr hinauschieben lassen. Der Verbandstag wird sich also wieder mit der Erhöhung der Beiträge beschäftigen müssen. Der Verbandstag in Leipzig hat allen Anträgen, welche auf Erhöhung der Leistungen respektive Änderungen der Beiträge hinzielten, die Genehmigung versagt mit der Begründung, zunächst einmal abzuwarten, bis wir bezüglich der Arbeitslosenunterstützung eine klare Übersicht haben. Dieses ist ja nun der Fall, und können wir demgemäß mit dem Ausbau unserer Organisation einen Schritt weiter tun. Von der Einführung der Arbeitslosenunterstützung können wir wohl behaupten, daß dieses ein glücklicher Griff gewesen ist. Ich glaube, hierüber sind sich die Kollegen allerorts einig. Ob bei Einführung der Krankenunterstützung die gleichen Erfolge zu verzeichnen sein werden, kann nicht mit Bestimmtheit vorausgesagt werden. Aber die sich immer mehr erhehenden Stimmen, welche die Einführung des Unterstützungszweiges fordern, beweisen zur Genüge, daß das Bedürfnis danach in den Kollegenkreisen vorhanden ist. Eine abermalige Vertagung dieser Frage ist daher nicht zu empfehlen. Zunächst müssen wir uns klar werden, daß wir auch ohne Einführung der Krankenunterstützung um eine Erhöhung der Beiträge im Hinblick auf die Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe nicht herum kommen. Es wird nötig sein, denselben auf 40 Pf. pro Woche festzusetzen. Schon bei der Urabstimmung im Jahre 1902 haben sich von 24886 Kollegen, welche für Erhöhung des Beitrags eintraten, 11868 für 40 Pf. pro Woche ausgesprochen. Es ist anzunehmen, daß bei einer Wiederholung einer derartigen Abstimmung im gegenwärtigen Augenblick sich die übergroße Mehrheit für 40 Pf. erklären würde. Hierzu kommt noch der Beitrag, welcher für eine Krankenunterstützung sich notwendig macht. Die Gewerkschafter sind sich auf einer Konferenz in Stuttgart dahin einig geworden, den Beitrag bei Einführung der Krankenunterstützung auf wöchentlich 50 Pf. festzusetzen. Der Verband käme dann auf einige Zeit aus den Erschütterungen heraus. Um unseren Verband für eine längere Periode vor Erschütterungen wegen Beitragsänderungen zu bewahren, ist die Festsetzung des Beitrags auf 50 Pf. nicht geeignet. Es würde sich zum nächsten Verbandstag vielleicht schon wieder um eine Erweiterung handeln. Um dieses zu vermeiden, wäre es nötig, den Beitrag sofort auf eine Höhe festzusetzen, welche eine Änderung desselben auf längere Zeit unnötig macht. Das würde aber eine Schädigung, wenn nicht die Vernichtung gut fundierter freier Hilfskassen bedeuten. Hier liegt nun in der Tat der Schwerpunkt der ganzen Frage. Tausende unserer Kollegen gehören dieser oder jener freien Hilfskasse an. Sie zahlen hier zumeist zwischen 30 und 50 Pf. an wöchentlichen Beiträgen für eine Gegenleistung von 8 bis 12 Mk. Sollen diese Kollegen diese Kassen fahren lassen? Doch ganz gewiß nicht. Andererseits ist zu gewärtigen, daß diese Kassen über kurz oder lang von der Gesetzgebung abgewirgt werden. Es wird sich deshalb nicht umgehen lassen, die Beitragshöhe nach und nach zu steigern, um den Kollegen eine Beteiligung an allen Einrichtungen zu ermöglichen, selbst auf die Gefahr hin, unsere Organisation wiederholt Erschütterungen auszufahren. Sehen wir demgemäß den Beitrag mit 50 Pf. an, so schaffen wir für viele unserer Mitglieder die Möglichkeit, einen Zuschuß während der Krank-

heit von wöchentlich ungefähr 8 Mk. zu erhalten, andererseits ist es auch demjenigen noch möglich, Mitglied zu bleiben, welche neben dem Verbandsbeitrag noch den Beitrag der freien Hilfskassen zu zahlen haben. Hier und da taucht auch die Frage auf, ob es möglich wäre, die freien Hilfskassen mit den bestehenden Berufsorganisationen zu vereinigen. Eine ernsthafteste Diskussion dieser Frage erscheint mir aber noch verfrüht. — Zum Verbandstag selbst möchte ich noch darauf hinweisen, ob es nicht möglich wäre, die Frage des Arbeitsnachweises als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Ich glaube, die Erfahrungen in dieser Frage sind jetzt genügend geklärt, daß wir auch hier etwas Einheitliches schaffen könnten. Bei der großen Bedeutung dieser Frage für unsere Organisation dürfte ein Austausch der Meinungen auf dem Verbandstag für uns nur von Nutzen sein. Vielleicht ist der Vorstand in der Lage, auch hierzu das vorhandene Material bis zum Verbandstag sichten zu können.

A. Gerhardt-Georgenthal.

Ich bin überzeugt, daß sowohl auf dem Verbandstag als auch bei einer Urabstimmung eine Erhöhung des Beitrags angenommen werden wird, und bin auch selbst ein Befürworter dieses Antrags. Die Schaufmacher werden es sich überlegen, mit unserem Verband anzubinden, wenn wir durch Erhöhung der Beiträge größere Mittel zur Führung von Kämpfen zur Verfügung stellen. Zu diesem Zwecke leiste ich gern meinen Tribut. Ist man aber auch für seine Person dieser Überzeugung, dann kann man sich doch nicht der Einsicht verschließen, daß es ein Übel ist, von einem Kollegen, der 12 bis 13 Mk. verdient, einen Beitrag von 50 Pf. zu fordern. Für den bessergestellten Kollegen in den größeren Städten ist es leichter, 60 oder 70 Pf. zu zahlen, als dem Kollegen auf dem Lande, der nur den dritten Teil verdient, einen geringeren Beitrag aufzubringen. Es fehlt in unseren Gewerkschaften noch an der demokratischen Einrichtung, daß sich jeder einzelne in der Weise zur Verfügung zu stellen hat, wie es seine Fähigkeiten erlauben. Wir, die Pioniere des Verbandes auf dem Lande, werden auch in Zukunft nicht erlahmen, aber die Agitationsfreudigkeit wird beeinträchtigt, wenn wir sehen, daß der Beitrag für den einzelnen zu hoch ist. Daher kommt es, daß in gewissen Kreisen der Gedanke der Sozialorganisation erwogen wird, und auch dem besten Verbandsredner wird es kaum gelingen, die Kollegen umzustimmen, die der Meinung sind, daß unerschwingliche Beiträge von ihnen verlangt werden. Dem Verbandstag wäre zu empfehlen, durch Einführung von zwei Beitragsklassen die Klüfte zu überbrücken. Man soll sich nicht auf die Sozialbeiträge berufen; über diese wollen auch in Zukunft die Mitglieder verfügen, um auf „eigene Faust“ etwas wagen zu können, ohne den für manche Zahlstelle langwierigen oder gar nutzlosen Weg der Streikbewilligung zu betreten. Haben wir zwei Beitragsklassen, dann kann man auf dem Wege der gütlichen Überredung die Kollegen veranlassen, der höheren Klasse beizutreten. Ich meine, daß nicht die hohen Beiträge den riesigen Mitgliederzuwachs brachten, sondern die Aufopferung der Kollegen bei der Agitation.

Richard Böhm-Großschönau.

Der Vorschlag des Vorstandes, zwecks Einführung einer Krankenunterstützung den Beitrag auf 50 Pf. zu erhöhen, veranlaßt mich, auf die Mängel der Arbeitslosenunterstützung aufmerksam zu machen. Eine Unterstützungsdauer von sechs Wochen ist für die heutige Zeit höchst ungenügend, das werden wohl Hunderte von Kollegen bestätigen. Wird zum Beispiel ein Kollege vom Kaufhaus Mitte November arbeitslos, so wird es ihm in den meisten Fällen vor März nicht gelingen, nur einigermaßen lohnende Arbeit zu finden. Anfang Januar aber bezieht er die letzte Unterstützung vom Verband und ist somit noch auf mehrere Wochen ohne jede Unterstützung; er fällt schließlich doch noch der Armentafel in die Hände und verliert das Wahlrecht. Aber gerade dies ist der Hauptmangel der Arbeitslosenunterstützung nach Möglichkeit zu beheben. Dagegen möchte ich den Vorschlag unterbreiten, die Arbeitslosenunterstützung in eine Erwerbslosenunterstützung umzuwandeln und bei Arbeitslosigkeit die Unterstützungsdauer auf 13 Wochen auszudehnen, bei Krankheit kann der Hauptvorstand noch nähere Vorschläge machen. Bei einer Unterstützungsdauer von 13 Wochen wird es den arbeitslosen Kollegen eher möglich sein, ein Unterkommen zu finden. Führen wir jetzt die Krankenunterstützung gesondert ein, so sind wir sicher in zwei Jahren wieder dabei, die Arbeitslosenunterstützung auszudehnen, den Beitrag wieder zu erhöhen und womöglich beide Unterstützungszweige zusammenzulegen. Da können wir auch jetzt gleich ganze Arbeit machen, denn so schön, wie die Arbeitslosenunterstützung auf dem Papier aussieht, ist sie nicht, das werden viele Kollegen erfahren haben.

Otto Kirsten-Weimar.

Die Vorschläge des Vorstandes begrüße ich mit Freuden. Ich habe mich schon öfters gefragt, wie es der Vorstand fertig bringt, bei einer so geringen Beitragsleistung eine so große Zahl von Lohnbewerbern durchzuführen, und war erstaunt, daß das Jahr 1905 nicht eine zweite Extrasteuer erforderte. Der Beitragserhöhung im Interesse der Durchführung der Lohnbewerger kann man daher ohne Bedenken zustimmen. Noch sympathischer ist mir der zweite Vorschlag des Vorstandes. Ich bin überzeugt, daß, wenn wir unsere Unterstützungseinrichtungen ausbauen, der Situation im Verband noch weit mehr Einhalt getan wird, als es bisher durch die Arbeitslosenunterstützung der Fall war. Die Erwerbslosenunterstützung kommt besonders den ansässigen Kollegen zugute und wird diese um so fester an die Organisation fesseln.

H. Körber-Weimar.

An und für sich läßt sich gegen die Beitragserhöhung nichts einwenden außer den alten, längst widerlegten Wänschen, daß wir eine große Zahl Mitglieder verlieren würden und keine neue hinzugäben. Denn eine Gewerkschaft, die sich Kampforganisation nennen will, muß auch Pulver haben, um im Kampfe bestehen zu können. Je mehr Mittel uns zur Verfügung stehen, desto erfolgreicher müssen auch unsere Siege sein. Wir hat es immer weit getan, wenn bei einer Lohnbewegung die Kollegen beim Verhandeln mit dem Unter-

nehmertum von ihren ursprünglich aufgestellten Forderungen einen großen Teil fallen ließen. Es sind Kämpfe geführt worden, wo fast gar keine Streikbrecher vorhanden waren, und doch nach einigen Wochen Kampf sich die Kollegen mit einer Abschlagszahlung zufrieden gaben. Der Grund lag da wohl in zu niedriger Streikunterstützung, denn es wird wohl jeder zugeben müssen, daß Familienväter auf Wochen hinaus mit im höchsten Falle 15 Mk. Streikunterstützung nicht durchkommen können. Darum hat auch eine so große Zahl von Zahlstellen einen Extrabeitrag erhoben. Was der Vorstand aber mit der Einführung der Krankenunterstützung bezwecken will, hat er nur sehr schwach begründen können. Offenbar nur, um die weniger ideal veranlagten Kollegen an die Organisation zu fesseln. Das kleinere und mittlere Zahlstellen sollen die Wünschenden sein, möchte man bezweifeln. Wenn es einige Orte wollen, so mögen sie doch ruhig einführen, was sie sich wünschen, sie können ja die Extrabeiträge so hoch erheben, daß sie die Krankenunterstützung davon bezahlen können. Aber im großen und ganzen muß ich dringend davon abraten. Erstens verlieren die Kollegen das Interesse an dem weiteren Ausbau unserer Sozialreform, wo das die Krankenkasse eines der ersten Glieder ist. Sie haben dann wenig Interesse an hohen Krankentafelbeiträgen, zu denen der Arbeitgeber auch sein Drittel beitragen muß. Es gibt heute noch eine große Zahl von Ortskrankenkassen, wo nur 3 Prozent Beiträge erhoben werden, wo sie bis zu 4 1/2 Prozent gehen können, ohne die Zustimmung der Arbeitgeber zu brauchen. Führen wir also die Krankenunterstützung ein, so nehmen wir dem Arbeitgeber und auch dem Staat Lasten ab, die diese jetzt schon so minimal zu tragen haben. Waut euch erst die Krankentafeln so weit aus, wie es irgend möglich ist, ehe wir uns innerhalb der Gewerkschaften mit einer derartigen Frage weiter beschäftigen. Ich möchte aber den Kollegen empfehlen, doch für den 50 Pf.-Beitrag zu stimmen, aber nicht zur Krankenunterstützung, sondern in erster Linie zu Kampfzwecken, und zweitens zum weiteren Ausbau der Arbeitslosenunterstützung.

Karl Stabe-Großsch.

Zweifellos wird durch die geplante Beitragserhöhung die Aktionsfähigkeit des Verbandes bedeutend verbessert, und auch in organisatorischer sowie agitatorischer Beziehung wird der Verband bei den erhöhten Beiträgen noch bessere Fortschritte machen wie bisher. Die Mär, daß bei hohen Beiträgen viele Kollegen dem Verband den Rücken kehren, und die indifferenten Arbeiter überhaupt nicht zum Beitritt zu bewegen sind, ist durch die Praxis längst widerlegt. Eine andere Frage ist aber, ob die Einführung der Krankenunterstützung zweckmäßig ist und ob der gedachte Beitrag von 50 Pf. dazu hinreichen wird. Ich verkenne durchaus nicht den idealen Zweck der Krankenunterstützung, denn jedermann weiß, daß mit der Unterstützung, welche heute die Krankentafeln bezahlen, nicht auszukommen ist. Wir müssen aber bedenken, daß es eigentlich Pflicht des Staates ist, für die Kranken Arbeiter zu sorgen. Man wird mir entgegenhalten, daß es unter dem heutigen Regierungssystem nicht möglich ist, die Krankenunterstützung in unserem Sinne auszubauen. Einerseits ist das richtig, andererseits aber ist das heutige Regierungssystem nur eine Folge der politischen Interesslosigkeit der Arbeiter. Ferner müssen wir in Betracht ziehen, daß unsere Unterstützungseinrichtungen nur einer Minderheit zugute kommen, weil das Gros der Arbeiterschaft noch nicht organisiert ist. Es werden hier durch die vielen Unterstützungszweige innerhalb der Arbeiterschaft Gegensätze gezeitigt, die auf alle Fälle vermindert werden sollen. Ich will damit nicht sagen, daß wir nun aufhören sollen, uns wirtschaftliche Vorteile zu erkämpfen, weil es Arbeiter gibt, denen es schlechter geht wie uns. Im Gegenteil, die Gewerkschaften haben ja gerade den Zweck, das Leben in der heutigen Gesellschaft so angenehm wie möglich zu machen. Sie haben aber keine Ursache, Einrichtungen zu treffen, um die heutigen Zustände zu verewigen. Dann müssen wir auch bedenken, daß durch den neuen Soldatir die Lebenshaltung des Arbeiters bedeutend verteuert wird, so daß in diesem Jahre eine noch nie dagewesene Zahl von Lohnkämpfen geführt werden muß, um nur die gestiegenen Lebensmittelpreise wettzumachen. Wir werden einen Beitrag von 50 Pf. schon nötig haben, um nur die notwendigen Kampfmittel aufzubringen, von Krankenunterstützung kann da noch keine Rede sein. Stimmen wir für einen Beitrag von 50 Pf. zu dem einzigen Zweck, Kampfsmittel zu schaffen, und lassen wir die Krankenunterstützung ruhen. Sie fördert nicht die Kampffähigkeit des Verbandes, wie dies bei der Arbeitslosen- und Reiseunterstützung der Fall ist, und als Reflamesstück können wir sie vorläufig lassen. Bemühen wir uns, die vielen Tausende politischen Analphabeten unter unseren Kollegen zu politischen Kämpfern heranzubilden, dann werden auch im Versicherungswesen bald bessere Zustände Platz greifen.

Karl Meier-Freienwalde a. D.

Von den Vorschlägen zur Beitragserhöhung ist derjenige, welcher für 50 Pf. pro Woche eintritt, als der akzeptabelste zu betrachten und als der wichtigste dringen zu empfehlen. Ob aber eine gleichzeitig mit einzuführende Krankenunterstützung in gleicher Weise empfehlenswert erscheint, will ich dahingestellt sein lassen. Man soll neben der sozialen Selbsthilfe den Kampfescharakter der Gewerkschaftsbewegung nicht vernachlässigen. Ungeachtet des Schadens, welcher der Zentralkrankenkasse der Tischler durch das Entziehen fast aller in dieser Klasse versicherten Tischler zugefügt würde, kann eine im Verband eingeführte Krankenunterstützung nur eine solche Maßnahme sein, daß von einer wirklichen Hilfe bei langwierigen Krankheitsfällen kaum die Rede sein kann. Und dabei würden die für Kampfeszwecke notwendigen Gelder nach wie vor knapp sein. Bedenken wir vor allen Dingen die vielen verbesserungsbedürftigen Zustände innerhalb unserer Kampforganisation, bevor wir den weiteren Ausbau der Versicherungsgewerkschaft vornehmen. Es wird sich schon nach herausstellen, daß der Beitrag von 50 Pf. auch ohne Krankenunterstützung eine richtige Anwendung finden kann. Die hilflose Lage zahlreicher kleiner Zahlstellen, die ihren Ursprung in der schlecht gefüllten Sozialkasse hat, darf fernerhin kein Grund sein, mit der Genehmigung zu Streiks zu abgern. Es ist in dieser Beziehung viel gebündelt worden, wir können aber kaum jemanden einen Vorwurf daraus machen, denn das Kampfbedürfnis ist groß, die Mittel aber

relativ wenig. Wir haben also vorläufig keine Ursache, eine Beitragserhöhung zum großen Teil einer Unterstützungs-einrichtung zu opfern, die im gedachten Maßstab vollständig ungenügend ist, und deren Einführung besser später in die Wege geleitet wird, nachdem sich unser Verband vollkommen im Kampfescharakter entwickelt hat. Wir müssen in Betracht ziehen, daß sich die Gegensätze zwischen der Kapitalisten- und Arbeiterklasse immer mehr zuspitzen und daß die Zeit nicht mehr fern ist, in der ein großes gewaltiges Ringen über die wirtschaftliche Gleichstellung der Arbeiterklasse zu entscheiden hat, und dann ist der wichtigste Faktor eine bis zum Maße gefüllte Kassenkasse. Treten wir darum Mann für Mann für eine Beitragserhöhung auf 50 Pf. pro Woche, jedoch ohne die geplante Krankenunterstützung ein.

Friedr. Timmenroth-Goßlar.

Der Artikel in Nr. 6 der „Holzarbeiter-Zeitung“ wurde in einer Mitgliederversammlung der Zahlstelle Bahr lebhaft diskutiert. Die Kollegen sind der Meinung, daß unbedingt eine Krankenunterstützung eingeführt werden muß, wünschen aber, daß gleich ganze Arbeit gemacht wird, das heißt den Beitrag so zu erhöhen, daß die Zugehörigkeit zu einer anderen Zuschußklasse nicht mehr erforderlich ist. Das ist aber nur möglich, wenn mindestens 8 bis 10 Mt. wöchentliche Unterstützung geleistet wird. Hierzu dürfte ein Beitrag von 70 bis 80 Pf. erforderlich sein. Möglichenfalls müßten Staffelleistungen eingeführt werden. Es könnten dann alle übrigen Unterstützungen für alle Mitglieder gleich bemessen werden, nur die Krankenunterstützung würde sich nach der Höhe des Beitrags richten. Der vom Vorstand vorgeschlagene Beitragssatz von 50 Pf. könnte als Mindestbeitrag auch von den schlechter gestellten Kollegen aufgebracht werden. Die Hauptschwierigkeit bei der Einführung der Krankenunterstützung liegt darin, daß viele Kollegen die Rechte, welche sie in der Tischlererkantente oder in anderen Zuschußklassen erworben haben, nur ungern aufgeben würden, deshalb wäre eine Verschmelzung mit der Tischlererkante das Beste. Oder aber müßte das Sterbegeld ebenfalls erhöht werden. Jedenfalls muß der Verbandstag ganze Arbeit machen. J. K.-Bahr.

**Soziales.**

**Aus dem Reichstag.**

Die infolge der schwachen Besetzung des Reichstags zunächst vereitelte Besprechung des Grubenunglücks auf der Zeche Borussia wurde gründlich nachgeholt, als die Interpellation am 10. Februar zum zweitenmal auf der Tagesordnung stand. Genosse Bömelburg, der die Interpellation begründete, legte eingehend die Ursachen der schrecklichen Katastrophe dar. Das Unglück, bei welchem durch einen Schachtbrand 89 Bergleute ums Leben kamen, konnte nur durch sträfliche Auserachtlassung der bergpolizeilichen Vorschriften geschehen. Aber trotzdem weigern sich die Grubenbarone, Arbeiterkontrollen anzustellen, und finden hierin volles Verständnis bei den Staatsbehörden. Im Hause selbst wurde das Verhalten der Zechenverwaltung nur von dem nationalliberalen Weimer verteidigt, während sich die Redner des Zentrums und der Freisinnigen sowie der polnische Abgeordnete Kulerski im wesentlichen der Auffassung der Interpellanten über die Gründe der Katastrophe anschlossen. Zum Schlusse geißelte Hus noch in einer eindringlichen Rede die Arbeitslosigkeit, mit welcher Leben und Gesundheit der Bergleute aufs Spiel gesetzt werden, um die Rente der Kapitalisten zu erhöhen. Die Regierung hatte die Verantwortung der Interpellation abgelehnt und war bei der Beratung im Reichstag nicht vertreten, ein Verhalten, welches von Hus in gebührender Weise gekennzeichnet wurde.

Bei der Weiterberatung des Etats der Reichsanstalt des Innern führte Genosse Stabthagen das Geheule von den unermesslichen Lasten, welche die Arbeiterversicherungsorgane angeblich den Unternehmern auferlegen, auf keinen wahren Wert zurück. Der ehemalige Gosprebiger Stöcker, welcher bekanntlich auf eine sehr bewegte Vergangenheit zurückblickt, sucht sich das Ansehen der Konservativen durch groteske Neben gegen die Sozialdemokratie wieder zu erringen. Kampf bis aufs Messer ist sein Schlagtruf, mit dem er die einem Geistlichen so wohl anstehende christliche Nächstenliebe bekundet. Von ähnlichem Kaliber ist der nationalliberale Landgerichtsrat Hagemann, der sich dem Reichstag ausdrücklich als Scharfmacher vorstellte und strenge Handhabung der Geseze gegen die Sozialdemokraten verlangte. In seinem Beruf dürfte wohl Herr Hagemann nach dem von ihm empfohlenen Rezept verfahren, und dann wundert man sich, wenn die Arbeiterklasse das Vertrauen zur Objektivität der Rechtsprechung verliert. Gegenüber dem vom Genossen Sachs erhabenen Vorwurf, daß auch auf den im Besitz von Zentrumsimmunitäten befindlichen Gruben, speziell einer solchen, die der Familie Trimborn gehört, die Durchführung des Arbeitergesetzes viel zu wünschen übrig läßt, verteidigte sich der Abgeordnete Trimborn in eigentümlicher Weise. Die betreffende Grube, erklärte er, gehöre nicht ihm, sondern seinem Bruder. Und damit soll bewiesen werden, daß es die Angehörigen des Zentrums an Arbeiterfürsorge nicht fehlen lassen. Recht kräftige Worte gegenüber dem Wort von der vollen Kompottschüssel, welches er als einen Synonymus bezeichnete, fand der Pole Kulerski, während sich der Freisinnige Werten der Heimarbeiter annahm. Der Abgeordnete v. Gerlach, der von Geburt der Junkerklasse, politisch aber der freisinnigen Vereinigung angehört, versteht es ausgezeichnet, seine ehemaligen Standesgenossen zu reizen, indem er die elenden Verhältnisse der Landarbeiter in Ostpreußen schildert. Von den sozialdemokratischen Rednern sind noch zu erwähnen Horn, der die Lage der Glasarbeiter schilderte, Schöpflin beschäftigte sich mit der Braunkohlenindustrie und Förster mußte die Verdrehungen richtigstellen, die der Nationalliberale Behmann in konfusier Weise über die

Aussperrung und die Lohnverhältnisse der sächsisch-thüringischen Textilarbeiter zum besten gegeben hatte. Vorher hatte Genosse Peus mit einer Charakterisierung des Stöcker eine Darlegung über die Bedeutung der Konsumvereine verbunden. Nachdem schließlich das Gehalt des Staatssekretärs bewilligt war, nahm der Reichstag noch eine sozialdemokratische Resolution an, in welcher eine Untersuchung der Arbeitsverhältnisse in der Großindustrie gefordert wird.

Von den bei den einzelnen Titeln des Etats für das Reichsamt des Innern gehaltenen Reden ist besonders hervorzuheben eine solche des Genossen Dr. Lindemann, der die im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichte Statistik über die Arbeitslosigkeit kritisierte und darauf hinwies, daß diese Ziffern unvollständig und unzuverlässig sind, und daß es falsch wäre, aus den Arbeitslosigkeitsziffern der Fachverbände einen Schluß auf die allgemeine Arbeitslosigkeit zu ziehen. Der aufsehenerregende Weinfälscherprozeß gegen den „Vater des Weingeses“, den verflochtenen Reichstagsabgeordneten Sartorius, gab Veranlassung zu einer ausgedehnten Debatte, in welcher von den verschiedensten Seiten über die Mittel geredet wurde, mit welchen der Nebenast vor der „verbessernden“ Hand des Chemikers geschützt werden kann. Für die große Masse der Arbeiter, die reinen Wein nur dem Namen nach kennt, hat diese Diskussion keine hervorragende Bedeutung.

Wichtiger ist für sie die Materie, welche der Genosse Hus bei dem Kapitel Reichsgesundheitsamt anschnitt. Er brachte die Sprache auf die Bekämpfung der Wurmkrankheit und der Genickstarre und rechnete mit den Weimer, Prinz Schönath-Carolath und Stöcker ab, die die Wichtigkeit seiner früheren Behauptungen über die elende Lage der Hütten- und Walzwerksarbeiter bestritten hatten. In sachverständiger Weise kritisierte Genosse Förster die Praxis der Berufs-genossenschaften und nagelte das Verlangen des Zentrums Schmedding fest, der im preussischen Landtag den Wunsch ausgesprochen hatte, Unfallrenten unter 25 Prozent nicht mehr auszusahlen.

Für den Ausbau der dem Deutschen Kaiser gehörigen Hohenzollernburg im Elsaß wird noch eine Nachforderung von 200 000 Mt. erhoben, nachdem bei einer früheren Gelegenheit schon erklärt worden war, daß man dem Reichstag mit weiteren Forderungen nicht mehr kommen wolle. Dies gab dem Genossen Ledebour Veranlassung, unter Hinweis auf das nichtgehaltene Versprechungsverprechen Friedrich Wilhelms III. zu behaupten, daß die Nichterhaltung königlicher Versprechen in Preußen schon vorgekommen sei; der Ordnungsruf des Präsidenten Walldrem kann diese Tatsache nicht aus der Welt schaffen. Natürlich wurde diese „allerletzte“ Forderung bewilligt.

Der sozialdemokratische Wahlrechtsantrag beschäftigte den Reichstag an insgesamt drei Sitzungstagen. Er wurde, wie vorausgesehen war, abgelehnt. Für den ersten Teil des Antrags, der in allen Bundesstaaten das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht einführen will, stimmten außer den Sozialdemokraten nur die drei freisinnigen Fraktionen, die Polen und die Elsässer. Ebenso wie die Nationalliberalen stimmte auch das Zentrum dagegen und bewies damit aufs neue seinen reaktionären Charakter. Der Antrag wird im nächsten Jahre wiederkommen und so lange wiederholt werden, bis er durchgeführt ist. Auf die Dauer kann das arbeitende Volk von der Teilnahme an der Gesetzgebung auch in Preußen und den norddeutschen Bundesstaaten nicht ferngehalten werden.

Die Heimarbeitenaussstellung in Berlin, die am 25. Februar geschlossen wurde, läßt in manchen Teilen des Reiches Nachahmung finden. Von verschiedenen Seiten war der Wunsch ausgesprochen worden, die Ausstellung „wandern“ zu lassen, welcher Wunsch bekanntlich von dem Skuratorium abgelehnt werden mußte. Als dieser Wunsch im bayerischen Landtag geäußert wurde, erklärte der Ministerpräsident, daß die Regierung bereit sei, für eine in Bayern abzuhaltende Heimarbeitenaussstellung einen entsprechenden Zuschuß zu gewähren. Der gleiche Anlaß führte auch zu einer Debatte in der Stadtverordnetenversammlung zu Frankfurt a. M., wo schließlich beschlossen wurde, den Magistrat zu ersuchen, die nötigen Schritte zu tun, um das Zustandekommen einer sozialpolitischen Ausstellung unter besonderer Berücksichtigung der Heimindustrie in Frankfurt zu sichern.

Das Interesse, welches sich in dieser Weise für die Notlage der Gläubiger der Armen zeigt, ist recht erfreulich. Zu wünschen wäre nur, daß sich dieses Interesse auch zu gesetzgeberischen Maßnahmen verhalten möge. Es verlaute, daß der Heimarbeiterschutz bereits Gegenstand einer Beratung des preussischen Kronrats, das heißt einer Ministerkonferenz unter dem Vorsitz des Königs gewesen sei. Sollte sich diese Nachricht bestätigen, dann wäre sie sehr zu begrüßen, denn sie würde bedeuten, daß man die Frage vor das preussische Interparlament bringen will. Daß von dieser Stelle ein wirklicher Arbeiterschutz nicht zu erwarten ist, dürfte auch dem Klügsten einleuchten. Typisch für die Leistungen der sogenannten preussischen Volksvertretung ist ja das berühmte Bergarbeitertrugsesez, welches dieses Parlament beschloffen hat. Wer den ausgebeuteten Heimarbeitern wirklich helfen will, muß zunächst dafür eintreten, daß die Regelung dieser Materie nicht der zuständigen Instanz, dem Reichstag, entzogen werde.

Die englische Großhandelsfirma hat im Geschäftsjahr 1905 einen Gesamtumsatz von 415 180 000 Mt. erzielt gegen 398 180 000 Mt. im Jahre 1904. Das bedeutet also eine Steigerung des Umsatzes von 17 Millionen Mark in einem Jahre. In den Produktionsabteilungen der englischen Großhandelsfirma wurden 1905 insgesamt für 70 880 000 Mt. Waren aller Art hergestellt, 1904 für 65 840 000 Mt. Der Wert der eigenproduzierten Waren stieg also in dem einen Jahre um 5 040 000 Mt. Der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung bleibt noch viel zu tun, wenn sie diesen Resultaten nachkommen will.

**Verbandsnachrichten.**

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

Den folgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, den angegebenen Lokalbeitrag neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben, und zwar ab 1. März: Sonderburg und Waldheim 15 Pf. pro Woche, Kaufbeuren 5 Pf. pro Woche; ab 1. April: Landau 10 Pf. pro Monat.

Am 27. Februar gelangen die Kandidatenlisten für die Delegiertenwahl zum Verbandstag an alle Zahlstellen zum Versand. Bezüglich der nunmehr vorzunehmenden Wahl verweisen wir alle Mitglieder auf die nachfolgenden Vorschriften des Wahlreglements:

„Die Delegiertenwahl hat in einer zu diesem Zwecke einberufenen Zahlstellenversammlung durch geheime Abstimmung mittels Stimmzettel in einem ununterbrochenen Wahlakt stattzufinden und kann nur in Person ausgeübt werden.

Zur Leitung der Wahlhandlung hat die Lokalverwaltung eine dreigliedrige Wahlkommission zu ernennen. Alsdann erklärt der Vorsitzende der Versammlung den Wahlakt für eröffnet, worauf den in der Versammlung anwesenden Mitgliedern die Stimmzettel auszuhändigen sind. Die Stimmzettel sind sofort wieder einzusammeln und der Wahlakt für geschlossen zu erklären, worauf unmittelbar das Ergebnis festzustellen ist.

Vor Eröffnung des Wahlaktes dürfen keine Stimmzettel ausgegeben und nach Schluß desselben keine solchen entgegen genommen werden. Die Abgabe der Stimmen auf Listen ist unstatthaft.

Diese Bestimmungen machen es dringend erforderlich, daß alle Mitglieder die stattfindenden Wahlversammlungen besuchen und dort ihre Stimme abgeben. Wer am Tage der Wahl acht oder mehr Wochenbeiträge restiert, ohne daß ihm die Beiträge gestundet wurden, ist weder wahlberechtigt noch wählbar. Durch Befreiung von den Beiträgen infolge Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. wird das Wahlrecht und die Wählbarkeit nicht beeinträchtigt. Die Wahl hat spätestens am 24. März stattzufinden, worauf das Wahlprotokoll, von der Wahlkommission unterzeichnet und mit dem Zahlstellenstempel versehen, unverweilt an den Verbandsvorstand einzusenden ist.

Arbeitslose Mitglieder haben nach § 28 des Statuts den Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit stets sofort bei der Lokalverwaltung zu melden. Im Interesse einer vollständigen Arbeitslosenstatistik liegt es, daß jedes arbeitslose Mitglied, auch wenn nicht unterstützungsberechtigt, die rechtzeitige Meldung nicht versäumt. Bei unterstützungsberechtigten Mitgliedern gilt der Tag der Meldung in allen Fällen als Beginn der Arbeitslosigkeit; nach Ablauf von sieben Tagen nach der Meldung beginnt der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.

Die Bevollmächtigten in allen Zahlstellen werden hierdurch daran erinnert, daß der Monatsbericht für Februar über die Zahl der Arbeitslosen usw. spätestens am 4. März zur Post gegeben werden muß, wobei wir wiederholt bemerken, daß auch diejenigen Zahlstellen eine Berichtskarte einsenden müssen, welche keine arbeitslosen Mitglieder aufzuweisen hatten. In solchem Falle ist nur die Mitgliederzahl der Zahlstelle auf der Karte anzugeben.

Nachstehende Mitgliederbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit als ungültig erklärt:

- 39365 Hermann Willroth, Tischler, geb. 8. 6. 54 zu Rendsburg.
  - 90842 Wilhelm Wilfert, Tischler, geb. 31. 5. 76 zu Stollberg.
  - 130071 August Wüning, Drechsler, geb. 4. 2. 85 zu Fürth.
  - 134356 Max Krieger, Tischler, geb. 20. 2. 77 zu Cottbus.
  - 158805 Joh. Wolf, Schreiner, geb. 11. 7. 86 zu Badenhausen.
  - 168256 Aug. Schubert, Tischler, geb. 15. 7. 84 zu Weigelzdorf.
  - 196789 Albert Müller, Tischler, geb. 7. 7. 55 zu Freiwalde.
  - 264840 August Hammel, Tischler, geb. 28. 3. 83 zu Albenrade.
  - 265952 Franz Pelikann, Tischler, geb. 27. 8. 76 zu Koteber.
- Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Verbandsvorstand.

**Bekanntmachungen der Gauvorstände.**

Vorort Frankfurt a. M. Die Gaukonferenz findet Sonntag den 11. März, vormittags 8 Uhr, in Worms im Gewerkschaftshaus, Mainzerstraße 19, statt. Samstag den 10. März, abends 8 1/2 Uhr, Vorversammlung zur Konstituierung der Konferenz. Der Gauvorstand bringt folgende Tagesordnung in Vorschlag: 1. Bericht des Gauvorstandes. 2. Anträge aus den Zahlstellen. 3. Die Beitragserhöhung. 4. Anträge zum Verbandstag. 5. Mitarbeiter.

Die Delegierten werden ersucht, möglichst Samstagabend zur Vorversammlung pünktlich zu erscheinen, damit die Verhandlungen bis Sonntagabend beendet werden können. Von Samstagnachmittag an werden Wormser Kollegen am Bahnhof sein, um die Delegierten zu empfangen. Erkennungszeichen: rote Abzeichen. Diejenigen Delegierten, die Samstagabend nicht erscheinen können, wollen dem Unterzeichneten Mitteilung machen; für die am Samstag eintreffenden Delegierten wird seitens der Lokalverwaltung für Logis gesorgt. Der Gauvorstand.

J. A.: G. Buckendahl, Stolkestraße 18 II

**Konferenz des Magdeburger Gaus.**

Dieselbe fand am 18. Februar in Magdeburg statt und war von 28 Zahlstellen durch 89 Delegierte besetzt. Als Vertreter des Vorstandes nahm Kollege Schneegaß und als Vertreter des Gauvorstandes die Kollegen Bauer, Gehling und Dettmer daran teil. Die Zahlstelle Braunschweig hatte die Beteiligung daran abgelehnt, einerseits aus der Erkenntnis der Überflüssigkeit solcher Konferenzen heraus, andererseits

seits um durch Fernbleiben gegen die angeblich seitens des Vorstandes und Gauvorstandes gelübte Behandlung, Terrorismus und sonst noch was zu demonstrieren. Daß die Braunschweiger Kollegen damit nur starke Neigung bekundet haben, das Angebotete selber auszuüben, scheint ihnen leider bislang noch nicht zur Erkenntnis gekommen zu sein. — Infolge der verhältnismäßig großen Ausgaben hatten die kleinen Zahlstellen Aßen, Gardelegen, Genthin, Garzburg, Osterwieck und Schöningen auf die Beschickung verzichtet.

Die Tagesordnung der Konferenz lautete: 1. Bericht des Gauvorstandes, Referent Kollege G. Bauer-Magdeburg. 2. Unsere Taktik bei Lohnbewegungen, Referent Kollege W. Schneegäß-Stuttgart. 3. Ist es zweckmäßig, in unserem Verband die Erwerbslosenunterstützung einzuführen? Referent Kollege G. Weims-Magdeburg. 4. Anträge.

Um eine Wiedergabe des Berichtes des Gauvorstandes zu ersparen, sei auf den Jahresbericht der Gauvorsteher für 1904 und den bald herauskommenden für 1905 verwiesen. Einwendungen und Beschwerden gegen die Tätigkeit des Gauvorstandes wurden von keiner Seite gemacht. — Über die bei Lohnbewegungen zu befolgende Taktik oder richtiger Taktiken verbriefte sich Kollege Schneegäß unter Berücksichtigung aller einschlägigen Verhältnisse und Momente in lehrreicher Weise. Trotz der sich daran anschließenden sehr lebhaften Diskussion waren sich doch alle Teilnehmer einig über die in erster Linie zu erfüllende Vorbedingung unserer Lohnbewegung, nämlich der weiteren Durchbildung und Disziplinierung unserer Mitglieder. — Kollege Weims hielt sodann ein instruktives und die Materie ausgezeichnet erhellendes Referat über den dritten Punkt der Tagesordnung. Neben der Belehrung war ein Erfolg dieses Referates mit der, daß sich die bisherigen Gegner der Einführung dieser Unterstützungsrichtung in unserem Verband als überzeugt von der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit derselben erklärten und folgende Resolution einstimmig Annahme fand: Die auf dem heutigen Gantag anwesenden Delegierten erklären sich mit den die Einführung einer Krankenunterstützung befürwortenden Ausführungen des Kollegen Weims einverstanden. Sie verpflichten sich, im Sinne dieser Ausführungen in ihren Zahlstellen zu wirken sowie dahin, daß der Verbandstag die Einführung der Krankenunterstützung und Erhöhung der Beiträge ohne Unabstimmung beschließt. — Selbstredend fand bei diesem Beschluß volle Berücksichtigung die an sich notwendige Beitragserhöhung zum Zwecke der Aktionsfähigkeit unseres Verbandes in noch größerem Umfang wie bisher. — Zu der Frage der Erwerbslosenunterstützung wurden dann auf Beschluß noch folgende Anträge dem Vorstand als Material überwiesen: G o s w i g: Die Arbeitslosenunterstützung vom Tage der Meldung der Arbeitslosigkeit ab zu zahlen. — G o s w i g: An Stelle der Arbeitslosenunterstützung neben der Streit- und Gemäßregelunterstützung eine vom ersten Tage ab zu zahlende Erwerbslosenunterstützung einzuführen. — D e s s a u: Die Arbeitslosenunterstützung vom vierten Tage der Arbeitslosigkeit ab zu zahlen. — B i t t e r f e l d: Die Beiträge sollen für die Erwerbslosenunterstützung um 20 Pf. erhöht werden. Die Unterstützung soll allen vollberechtigten Mitgliedern gleichmäßig mindestens in Höhe von 8 Mk. wöchentlich auf die Dauer von 13 Wochen gewährt werden.

Angenommen wurden zum vierten Punkt der Tagesordnung dann noch folgende Anträge: D e l i t s c h: Arbeitslosen verheirateten Mitgliedern, die gezwungen sind, sich außerhalb ihres Wohnortes Beschäftigung zu suchen, falls sie auf die Reiseunterstützung verzichten, die Arbeitslosenunterstützung an deren Familien zu zahlen. — D e s s a u: Eine statuten-gemäße Änderung beim Verbandstag zu beantragen darüber, daß den Familien derjenigen verheirateten Mitglieder, die während eines Streiks abreisen, die Hälfte der Streikunterstützung gewährt wird. — G i s l e b e n: Mitglieder anderer Gewerkschaften erhalten bei ihrem Übertritt zu uns ihre früheren Beiträge voll angerechnet. — D e l i t s c h: Den Vorstand zu ersuchen, eine Versammlungskontrollkarte einzuführen, die in den Mitgliedsbüchern einzuführen ist, beziehungsweise zukünftig gleich mit einzudrucken ist, worauf jedem Mitglied der Besuch der Versammlungen durch Abstempelung bescheinigt werden muß. — M a g d e b u r g: Bei zukünftigen Gaukonferenzen sind sämtliche Gauvorstandsmitglieder berechtigt, als Delegierte an denselben teilzunehmen.

Mit der Zusammenfassung des Resultats dieser Konferenz, das uns wohl befriedigen kann, und andererseits aber zu noch regerem Wirken und Schaffen für den Verband und zur Durchbildung und Vertiefung der Verbandinteressen Ansporn sein muß, und einem Hoch auf die gesamte Arbeiterbewegung und den Deutschen Holzarbeiterverband fand dieselbe ihren Beschluß.

**Korrespondenzen.**

**Colmnitz.** Am 11. Februar fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege G e r l i c h t e die wirtschaftlichen Wirkungen der neuen Handelsverträge besprach. Redner verstand es in vorzüglicher Weise, den Versammelten darzulegen, welche Gefahren den Industrierarbeitern drohen, und erntete für seine vorzüglichen Darlegungen lebhaften Beifall. In der Diskussion ergriff Kollege G e r l i c h t e noch einmal das Wort und erwähnte, daß ihm unser Ort längst bekannt sei als dunkler Winkel, die Kollegen mögen aber, statt ihre Hoffnungen ausschließlich auf die Seligkeit zu setzen, lieber versuchen, durch Organisation ihre Lage zu verbessern. Zum Schluß ernannte Kollege Richter die Anwesenden, die Ausführungen zu beherzigen; er tadelte, daß die Holzarbeiter so viel Vereinsmeierei treiben und ihr Glück besonders im Militärverein suchen. Ferner empfahl er, die Arbeiterpresse zu lesen und sich der Organisation anzuschließen. — Viele Klagen hört man von den Stuhlpolierern, denn die Unternehmer haben es verstanden, auf geschickte Weise die Löhne zu drücken. So gab es zum Beispiel früher für gute Wallenstühle zu polieren 75 Pf. Dann wurde der Preis auf 50 Pf. reduziert mit der Begründung, daß nur noch auf ganz gewöhnliche Art poliert werden brauche. Es dauerte aber nicht lange, da wurde wieder eine gute Politur verlangt, aber der Lohn wurde nicht mehr erhöht. Um solchen Mängeln zu begegnen, dürfte es sich empfehlen, daß der Vorstand eine Konferenz einberuft, die sich auch mit der Lohnfrage beschäftigt. Wir sind der Meinung, daß unsere Lösung sein muß, fort mit der Akkordarbeit und Einführung eines ausreichenden Stundenlohnes.

**Danzig.** Aus unserem nordischen Benedig kommt selten eine Kunde, so daß die Kollegen bald glauben dürften, daß die Tischler hier auf Rosen tanzen. Daß dem nicht so ist, wurde in einer gut besuchten Mitgliederversammlung am 18. Februar largestellt. Nach einem lehrreichen Vortrag über „Das Unfallversicherungsgesetz und seine Handhabung“, und nach Erledigung verschiedener Verbandsangelegenheiten wurden unter Verschiedenem die Verhältnisse in einzelnen Werkstätten kritisiert. Es wurde lebhaft Klage geführt, daß sich viele Kollegen gar nicht nach dem abgeschlossenen Tarif richten und vielfach unter dem vereinbarten Mindestlohn arbeiten. Unter anderen wurden auch die Mißstände der hiesigen Filiale G. und J. Müller, Hofsieferanten, Gbing, besprochen. Es ist dort vorgekommen, daß Kollegen entlassen wurden, weil sie sich weigerten, eine Fuhrer Sand von der Straße in den Neubau zu schaffen, mit der Motivierung, wer sich nicht verpflichtet fühle, ihn (dem Geschäftsführer Behrendt) einen Gefallen zu tun, den fühle er sich auch nicht verpflichtet zu beschäftigen. Am folgenden Tage wurden noch zwei Kollegen entlassen. Leider wurde die Arbeit, nämlich das Sandtragen, von dort schon länger beschäftigten älteren Kollegen, von denen einige auch organisiert sind, verrichtet. Diese glauben, durch die Verrichtung solcher Hausnechtarbeiten sich beim Geschäftsführer eine gute Nummer zu erwerben und eventuell Lebensstellung dort zu haben. Daß es hiermit windig aussieht, haben Verschiedene bereits erfahren. Des weiteren wurde getadelt, daß das Ziehen eines vierräderigen Handwagens durch Tischler dort Regel ist, auch ist es vorgekommen, daß Kollegen Schutt und Kohlen tragen mußten. Die Versammlung war der Meinung, daß die Firma Müller für die Zukunft sich zur Verrichtung solcher Arbeiten einen Hausnecht engagieren soll. Im übrigen wäre es notwendig, daß sich die Kollegen mehr wie bisher an den Versammlungen beteiligen, um dort in den Werkstätten vorkommende Mißstände zu kritisieren und für Abhilfe zu sorgen.

**Friedberg in Hessen.** Die Mitgliederversammlung vom 14. Februar beschäftigte sich unter anderem mit dem Leitartikel in Nr. 6 unserer Zeitung. Die Anwesenden erklärten, daß eine Einschränkung der Lohnbewegungen nicht stattfinden dürfe, und daß sie den entsprechend höheren Beitrag zahlen wollen. Bezüglich der Einführung der Krankenunterstützung sprach sich die große Mehrzahl sympathisch aus; die Versammlung will jedoch erst die Vorlage des Verbandsvorstandes abwarten, um Leistung und Gegenleistung gegenüberstellen zu können.

**Grünberg.** Recht traurige Verhältnisse herrschen unter den Arbeitern der hiesigen Holzindustrie. Die Tischler verdienen bei elfstündiger Arbeitszeit Wochenlöhne von 12 bis 17 Mk.; bei den Korbmachern wird wöchentlich 69 bis 75 Stunden gearbeitet und im Akkord 12 bis 14 Mk. verdient. Sehr ausgebildet ist die Lehrlingszucht, beschäftigten doch 25 Tischlermeister neben 22 Gesellen nicht weniger als 78 Lehrlinge. Außer den Kleinstmeistern existieren hier noch zwei Fabriken, von denen wenig Nützliches zu melden ist. In der Maschinenfabrik für Textilindustrie von Gebr. Sucker ist das Kolonnenystem eingeführt, welches die Arbeiter der besonderen Ausbeutung durch die Kolonnenführer überläßt. Die Arbeiter erhalten Stundenlöhne von 23 bis 24 Pf., oder auch noch weniger, und der von der Kolonne erzielte Akkordüberschuss wird dem Kolonnenführer ausgezahlt, welcher seinen Mitarbeitern hiervon Beträge abgibt, deren Höhe ganz in sein Belieben gestellt ist. Hierbei kommen mitunter haarsträubende Fälle von Übervorteilung vor. Nicht besser ist es in der Waggonfabrik des Geheimen Kommerzienrats Beuchelt. Dieser Unternehmer fürchtet sich besonders vor der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterpresse, die zu lesen den Arbeitern streng verboten ist. Dafür wird ihnen Schundliteratur zu lesen empfohlen. Daß in solcher Atmosphäre das Schmarozertum besonders üppig geblüht, läßt sich denken, und tatsächlich sind Maßregelungen keine Seltenheit. Mit den Zuständen in diesen Fabriken beschäftigte sich am 14. Februar eine öffentliche Holzarbeiterversammlung, die von mehr als 100 Personen besucht war. Die Referate der Gauvorsteher Dietrich vom Holzarbeiterverband und D i s t e i m e r vom Metallarbeiterverband fanden stürmischen Beifall. Es macht sich jetzt hier ein frischer Zug in der Gewerkschaftsbewegung bemerklich, und die verschiedenen Gewerkschaften haben einen gewaltigen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Angesichts der traurigen Lage, in welcher sich unsere Kollegen befinden, wäre zu wünschen, daß auch diese ihre Zaghaftigkeit ablegen und durch massenhaften Beitritt zum Verband beweisen, daß sie willens sind, für die Befreiung der Verhältnisse einzutreten.

**Herford.** Im Juli v. J. wurde seitens unserer Zahlstelle in unserem Bezirkslokal „Bienenhof“ am Altbortor ein Arbeitsnachweis errichtet. Dies paßte den hiesigen Fabrikanten nicht, und sie nahmen deshalb im Anfang auch wenig Notiz davon. Es wahrte aber nicht lange, da erhielt unsere Lokalverwaltung vom Arbeitgeberverband eine Einladung zu einer gemeinschaftlichen Sitzung wegen dieser Angelegenheit. Die Fabrikanten brachten einen paritätischen Arbeitsnachweis in Vorschlag, wozu wir selbstverständlich auch bereit waren. Die Verhandlungen scheiterten jedoch bald, weil die von beiden Seiten ausgearbeiteten Regulativs weit auseinander gingen. Alsdann wurde plötzlich der bisherige städtische Arbeitsnachweis auf der „Herberge zur Heimat“ in einen paritätischen Nachweis umgewandelt. Beteiligt waren hieran Stadt und Kreis Herford, Arbeitgeberverband, Christlicher Holzarbeiterverband usw. Die Arbeitgeber schwoeren nun hoch und teuer, von unserem Arbeitsnachweis keine Leute mehr einzustellen. Bei den Christlichen herrschte natürlich große Freude, waren nun doch die „Noten“ am Ende ihres Lateins. Wir antworteten sofort mit der Sperre über diesen vielseitigen Arbeitsnachweis. Da nun in fast allen Fabriken infolge der guten Konjunktur Mangel an Arbeitskräften vorhanden war, wurden auch die größten Anstrengungen gemacht, aber mit wenig Erfolg. Überall waren unsere Kollegen auf dem Posten. Nur bei der Firma Kopfa war es möglich, einige in den Betrieb hereinzubekommen. Die dort arbeitenden Kollegen hatten es an der nötigen Energie fehlen lassen, andererseits treibt auch hier eine Anzahl Christlicher ihr Zerplitterungswerk. Tadelnd müssen wir noch bemerken, daß diese Hausmeister zum größten Teil aus Dortmund und Deynhausen kamen. In erstgenanntem Orte wurden die Betreffenden vom städtischen Nachweis, nachdem sie ihre Papiere in Pfand gegeben und

das Fahrgehalt vorgestreckt erhalten hatten, nach Herford abgehoben. Später wurde den guten Leuten das Fahrgehalt, Vermittlungsgebühren usw. vom Lohne wieder abgezogen. Die Zahlstellen an den genannten beiden Orten waren durch Überwindung diesbezüglicher Plakate von unserem Vorgehen in Kenntnis gesetzt, und trotzdem dieser Zugzug von dort. Aber mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten. Das mußten auch unsere Fabrikanten erfahren. Ende Januar sah sich der Arbeitgeberverband wiederum veranlaßt, mit unserem Gauvorsteher, Kollegen Wolkmann, in Verhandlung zu treten. Auf einmal hatte der Wind umgeschlagen. Es kam eine Einigung dahin zustande, daß der Arbeitgeberverband unseren Arbeitsnachweis probeweise auf sechs Wochen anerkennt, und wird derselbe zurzeit von den Fabrikanten rege benutzt. Wir ersuchen nun alle durchreisenden Kollegen, nur unseren Arbeitsnachweis zu benutzen; es wird uns dann ein leichtes sein, denselben in kurzer Zeit voll und ganz zur Geltung zu bringen. Der Arbeitsnachweis auf der „Herberge zur Heimat“, Walfenhausstraße, bleibt nach wie vor gesperrt. Umschauen ist streng verboten.

**Liebenwerda.** Nach jahrelanger Arbeit ist es uns gelungen, hier eine Zahlstelle zu gründen, welcher von zirka 65 hier beschäftigten Kollegen 40 angehören. Die Arbeitszeit beträgt in zwei Betrieben 60 Stunden, in den übrigen 65 Stunden; der Lohn ist sehr gering, gibt es doch ältere Kollegen, die mit 12 und 15 Mk. wöchentlich nach Hause gehen müssen. Die Organisation ist den hiesigen Unternehmern natürlich sehr unangenehm, und sie benutzen jede Gelegenheit, um diejenigen, welche die Interessen ihrer Kollegen wahrnehmen, auf die Straße zu setzen. In dieser Beziehung tut sich besonders die Firma A. Reiß hervor, deren Wohlfahrtsrichtungen so gern gerühmt werden. Was es mit diesen für eine Bewandnis hat, geht aus den Bestimmungen über die Arbeiterwohnungen hervor. Wird ein Arbeiter von der Firma entlassen, was mitunter aus kleinsten Ursachen geschieht, dann muß er binnen 14 Tagen die Wohnung räumen. Wer aber freiwillig sein Arbeitsverhältnis lösen will, muß für drei Monate die Miete zahlen. Eine großartige Einrichtung ist die im vorigen Jahr gegründete Sparkasse. Nach fünfjähriger Tätigkeit erhält jeder Arbeiter 50 Mk. und für jedes folgende Jahr weitere 50 Mk. Dieses Geld wird bei der Sparkasse angelegt und erst nach dreißigjähriger Tätigkeit in der Fabrik oder nach Ablauf des fünfzigsten Lebensjahres ausgezahlt. Die Prämie erhalten natürlich nur die Arbeiter, die sich gut führen, doch ist jeder berechtigt, noch freiwillige Sparanlagen zu machen. Wer aus dem Geschäft austritt, erhält sein Geld aber erst nach drei Jahren. Diese ganze Einrichtung, von welcher der Unternehmer den größten Nutzen hat, wird leider von den Arbeitern noch nicht gebührend gewürdigt. Wir raten den Kollegen, fleißig zu agitieren, die Versammlungen pünktlich zu besuchen und nicht alle Arbeit der Lokalverwaltung zu überlassen. Durchreisende handeln in ihrem Interesse, wenn sie vor der Arbeitsannahme bei der Lokalverwaltung Erkundigungen einziehen.

**Meißen.** Endlich ist es uns gelungen, die Stoccarbeiter aus ihrem Winter Schlaf zu wecken. Durch unermüdliche Agitation haben wir es erreicht, daß jetzt 40 von 80 hier beschäftigten Kollegen organisiert sind. So war es uns möglich, eine Sektion ins Leben zu rufen. In einer zu diesem Zwecke am 18. Februar einberufenen Versammlung hielt uns Kollege L a u t e r - D r e s d e n einen interessanten Vortrag über „Zweck und Nutzen der Sektionen innerhalb des Verbandes“. Seine Ausführungen wurden durch reichen Beifall belohnt. Wenn die Kollegen fest zusammenhalten, dann muß es uns gelingen, bessere Zustände herbeizuführen. Das ist aber auch notwendig. In der Stockfabrik von Gentschel & Wittig müssen die Arbeiter das Schleif- und Poliermaterial selbst stellen. Bei den Polierern geht durchschnittlich jede Woche für 3 Mk. Material ab. Früher bezahlte man für Politur 1,20 Mk., für Spiritus 30 Pf., jetzt 2 Mk. für Politur und 52 Pf. für Spiritus, trotzdem ist für mehrere Muster 20 und 30 Pf. pro Duzend abgezogen worden. Es gibt vier Stärken, aber wo die Grenze zwischen den einzelnen ist, setzen die Herren nach Gutdünken fest. Wenn hier trotzdem halbwegs Abhne erzielt werden, so ist das nur durch eine intensive Würgererei möglich. Kollegen, agitieren sie jeder mit, daß auch der letzte Mann dem Verband zugeführt wird.

**Niechenberg-Wienenthale.** Nach langer und schwerer Agitation ist es uns endlich gelungen, auch hier festen Fuß zu fassen. Um den neu eingetretenen Kollegen den Zweck und Nutzen der Organisation klarzulegen, hatten wir für den 21. Januar eine öffentliche Holzarbeiterversammlung einberufen. Aber o weh, es war ja der rote Sonntag. Da wurde verboten, was zu verbieten ging, und so auch unsere Versammlung. Da wir damals am Besprechen der hier herrschenden Mißstände verhindert wurden, so wollen wir es hier nachholen. Vor längerer Zeit suchte die Firma Sauerzapf & Co. in unserer Zeitung tüchtige Stuhlbauer und Drechsler bei einem Wochenverdienst von 25 bis 30 Mk. für bessere Arbeiter. Daraufhin sind auch etliche verheiratete Leute gekommen; man hat ihnen auch anstandslos die Kosten des Umzugs vergütet, aber 25 bis 30 Mk. hat noch keiner die Woche verdient. Die Firma zahlt nur am 15. und letzten jeden Monats Lohn. Auch fehlt es den Stuhlbauern jederzeit an Flechtereie und Drechlereie. Es kommt häufig vor, daß ein Arbeiter 12 bis 15 Duzend Stühle in Arbeit hat. Kommt er dann dazu abzurechnen, so hat er gewöhnlich zu viel Abschlag weg, und er muß es sich gefallen lassen, acht oder 14 Tage umsonst zu arbeiten. Abschlag gibt die Firma so viel, wie man haben will, dadurch fesselt sie ja nur die Arbeiter an die Fabrik. Dem Direktor G. Wegelent können wir sagen, wenn er Arbeiter aus unseren Reihen haben will, so wollen wir ihm solche verschaffen, aber dann verlangen wir auch, daß er sie wie Menschen behandelt. Es dürfen keine Fälle vorkommen wie mit dem Werkstatthalter Schaal, den er mit 35 Mk. Lohn auf 4 Wochen nach Hause schickte, und nur deswegen, weil er einem Kollegen gegenüber einige Worte der Kritik wegen Einführung der Teilarbeit fallen ließ. Auch würde es sich empfehlen, den Lohn der Maschinenarbeiter so zu bemessen, daß diese nicht mehr unter Aufsichtlassen der Schutzvorrichtungen beim Akkordschrubben ihre Haut zu Markte tragen. Auch in den anderen Betrieben sieht es noch recht traurig aus, zum Beispiel in zwei Holzschleifereien, wo noch die 72stündige Arbeitszeit wöchentlich

besteht mit einem durchschnittlichen Stundenlohn von 18 1/2 Pf. Ihr seht nun, Kollegen, wie not es tut, diesen traurigen Zuständen ein Ende zu machen. Organisiert euch Mann für Mann im Deutschen Holzarbeiterverband, dann wird es uns auch gelingen, in unserem schwarzen Winkel andere Verhältnisse einzuführen.

**Schneidmühl.** Am 11. Februar fand hier eine Holzarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Gillzan einen Vortrag hielt. Bedauerlich ist es, daß diese Versammlung nicht gut besucht war. In der Diskussion wurden Zustände geschildert, die eine baldige Änderung dringend notwendig erscheinen lassen. In der Tischlerei von Artur Monczynski sind die zerfallenen Scheiben mit Brettern vernagelt, daher ist es dort so dunkel, daß eine saubere Arbeit nicht hergestellt werden kann. Das Werkzeug läßt alles zu wünschen übrig, und der Ofen ist so eingerichtet, daß die ganze Bude von Rauch erfüllt ist, wenn man Feuer macht. Die Affordpreise sind so bemessen, daß es einen Hund jammern könnte. Für eine altdeutsche Bettstelle mit Muschel, Pappelholz poliert, von Hand gemacht gibt es 1,50 Mk., für einen Spiegelschrank poliert 3 Mk., für einen Kleiderschrank 4 Mk. Bei dem Bruder des Genannten, Herrn Emil Monczynski, sieht es nicht besser aus. Dort befindet sich ein Schlafraum für vier bis fünf Gesellen, in dem kaum einer Platz hat. Es liegt aber in der Hand der Kollegen selbst, hier Wandel zu schaffen. Kollegen, besucht die Versammlungen regelmäßig, pflegt die Kollegialität besser, legt die Trägheit ab, damit ein neuer Geist bei den Kollegen einzieht; laßt es vor allen Dingen an dem Notwendigsten, an der Einigkeit nicht fehlen, so wird es ein leichtes sein, mit vereinten Kräften eine Ordnung der verbesserungsbedürftigen Lage herbeizuführen.

**Sonderburg.** Am 12. Februar fand hier in der Zentralherberge eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Köstke einen sehr lehrreichen Vortrag über die wirtschaftliche Lage der Holzarbeiter hielt. Daraus wurde zur Gründung einer Zählstelle geschritten und erklärten sämtliche Anwesende ihren Beitritt. Zum Bevollmächtigten wurde Peter Hansen, zum Kassierer Otto Kuntz und als Schriftführer Max Werner gewählt. Neben dem Verbandsbeitrag soll, vorbehaltlich der Zustimmung des Verbandsvorstandes, ein Extrabeitrag von 15 Pf. wöchentlich erhoben werden. Wir werden nun, nachdem wir auch auf unserer Insel eine Zählstelle besitzen, alles tun, um sie zu kräftigen, damit sie den kommenden Stürmen gewachsen ist. Den Kollegen sei auch die Unterstützung der mit schweren Opfern von den Arbeitern errichteten Zentralherberge aus Herz gelegt; dort finden auch unsere Mitgliederversammlungen statt.

**Stralsund.** Am 16. Februar fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die aber recht mangelhaft besucht war, trotzdem jedes einzelne Mitglied eine Einladung erhalten hatte. Wann werden wohl die hiesigen Holzarbeiter endlich ihre Schlafmüde von den Ohren ziehen? Kollegen, wachet auf, besucht die Versammlungen und seid jederzeit auf dem Posten, damit wir einmal in die Lage kommen, die hier bestehenden Mißstände zu beseitigen.

**Stuttgart.** (Maschinenarbeiter.) Trotz dem eifrigen Bestreben der Sektionsleitung will es derselben nicht gelingen, einen starken Versammlungsbesuch zu erhalten. Leider muß konstatiert werden, daß eine große Anzahl Kollegen lieber den Klimbimvereinen nachläßt, als mitzuarbeiten an der Hebung ihrer Lage. Geht es aber den Kollegen nicht immer nach Wunsch, dann wird hinter dem Bierisch gedonnert und rasoniert. Sehen denn die Kollegen noch nicht ein, daß die Zeiten ernst zu werden beginnen? Werdet ihr nicht jeden Tag von den Unternehmern und Betriebsleitern unterjocht, und tragt ihr eure Knochen und Gesundheit nicht jeden Tag auf den Altar des alles zerstörenden Kapitalismus? Warum seid ihr also so faumfelig? Eure Pflicht ist es, mit voller Kraft in die Agitation mit einzutreten und Schulter an Schulter zu kämpfen für unsere Gesundheit und Arbeitskraft. Dies ermöglicht sich aber nur, wenn die Kollegen die Versammlungen fleißiger besuchen und alle uns noch fernstehenden Kollegen dem Verband zuführen. Nur auf diese Weise sind wir in der Lage, die bestehenden Mißstände zu beseitigen.

**Witzdorf.** In der am 11. Februar stattgefundenen Versammlung wurde unter anderem der Vorschlag des Vorstandes, betreffend Erhöhung der Beiträge diskutiert. Fast sämtliche Hehner sprachen für die Erhöhung. Bei der vorgenommenen Abstimmung hierüber wurde der Vorschlag des Vorstandes, den Beitrag auf 50 Pf. festzusetzen unter gleichzeitiger Einführung der Krankenunterstützung, einstimmig angenommen. Unsere Zählstelle besteht zum größten Teil aus Korbmachern.

### Unsere Lohnbewegung.

- Zugang ist fernzuhalten von:
- Tischlern nach Altensteig (Ph. Maier sen.), Bauhen (Köpfer & Gell), Wernburg, Fischbach im Taunus (Schmidt), Fürstenwalde a. Spre, Ludwigshafen am Rhein (Geh & Cie.), Lübeck, Mühlhausen in Thüringen, Delz, Priebus (D. F. Schulze), Remscheid, Klostock (Neptunwerft), Weißwasser (Ortel & Co.);
  - Tischlern und Maschinenarbeitern nach Konstanz;
  - Tischlern, Stellmachern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Bielefeld (Gugmann & Co.), Brandenburg a. S. (Gehr. Reichstein);
  - Tischlern, Stuhlbauern, Gestellbauern, Drechslern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Berlinchen, Schandau, Schwallungen;
  - Holzwarenarbeitern nach Stettin (Holzwarenfabrik Koppen);
  - Klavierarbeitern nach Mannheim (Scharf & Haut);
  - Drechslern nach Bernau (Rückert);
  - Gummidrechslern nach Cassel (Evens & Bistor), Leipzig;
  - Berlmutterarbeitern, Horn- und Hilfsarbeitern nach Berlin (Abramowski & Steiner);
  - Zelluloid- und Stockarbeitern, Rammern nach Leipzig (Mendelsohn);
  - Korbmachern nach Brandenburg a. S., Cassel (Hofmann), Magdeburg (Reinecke), Themar (Otto Näder);
  - Bürstenmachern und Drechslern nach Hamburg, Neuwied (Bürstenfabrik Universum), Unna i. W., Wilschdorf (Wichelsohn & Reiner), Schweiz;

### Sägern und Sägewerksarbeitern nach Alach bei München (Th. Kirch & Söhne); Korbarbeitern nach Schwerin i. M. (ammers).

In Bonn wurde infolge Maßregelung von Kollegen über die Pianofortefabrik von F. H. Kießling die Sperre verhängt.

In Cassel dauert der Streik der Gummidrechslern bei Evens & Bistor unverändert weiter. Wir bitten, den Zugang von Drechslern, Mechanikern und Instrumentenmachern streng fernzuhalten. Die Firma will die Arbeitszeit von neun auf zehn Stunden verlängern und verlangt, daß sämtliche Arbeiter aus ihren Organisationen austreten sollen.

In Grefeld beschäftigte sich am 18. Februar eine öffentliche Holzarbeiterversammlung, in welcher Gauvorsteher Hartung referierte, mit der Frage der Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Nachdem die vor einigen Jahren durch die Lohnbewegung errungenen Vorteile zum großen Teil wieder verloren gegangen sind, macht sich in letzter Zeit unter den Kollegen ein größeres Interesse für die lange vernachlässigte Organisation bemerklich. Doch war sich die Versammlung darüber klar, daß die Agitation für den Verband zunächst ganz energisch betrieben werden muß, ehe an einen erfolgreichen Kampf um Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit gedacht werden kann. Besonders verbesserungsbedürftig sind die Verhältnisse bei der Firma Joh. Buchholz, wo der Wechsel so stark ist, daß der am längsten dort beschäftigte Schreiner seit sechs Wochen in der Werkstatt arbeitet. Oft beträgt der erzielte Lohn nur 10 bis 12 Mk. pro Woche, viele Kollegen mußten auch schon ohne Lohn heimgehen, und der ortsübliche Stundenlohn von 42 Pf. wird nur selten erreicht. Unfähige Gesellen gehen nur im Falle der höchsten Not zu Buchholz, deshalb sucht dieser durch Inserate in auswärtigen Blättern nach Arbeitern. Die Schilberung der Zustände in dieser Werkstatt hatte zur Folge, daß über die Firma Buchholz die Sperre verhängt wurde. Da Herr Buchholz die Vertreter des Holzarbeiterverbandes, die mit ihm verhandeln wollten, abweis, legten 15 Kollegen die Arbeit nieder, nur einer blieb stehen. Die Ledigen sind abgereist, die Verheirateten anderweitig untergebracht. Es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten.

In Geringwalde haben sämtliche Holzarbeiter am 10. Februar die Kündigung eingereicht. Dieselbe läuft, falls bis dahin eine Einigung nicht eintritt, am 24. Februar ab. Bekanntlich hatten die Kollegen am 1. Februar die bereits mitgeteilten Forderungen an die Unternehmer gestellt, welche dieselben in einer am 8. Februar stattgefundenen Verhandlung prinzipiell ablehnten, worauf am 10. Februar die Kündigung in sämtlichen Betrieben ausgesprochen wurde. Hierauf erfolgte am 16. und 17. Februar in Waldheim, Leisnig, Hartha, Schweitzerzhain und Neumallwitz die Ankündigung zur Aussperrung sämtlicher organisierter Kollegen, falls sich dieselben nicht bereit erklären, Streikbrocherdienste zu leisten. In Betracht kommen circa 1400 Stuhl- und Sofabauer, Tischler, Polierer, Drechslern sowie Maschinen- und Hilfsarbeiter. Den Unternehmern scheint vor der Taktik des Herrn Dr. Stresemann selbst schon zu grauen. Neuerdings sind vom Bürgermeister zu Waldheim Einigungsversuche unternommen; auf Anfrage desselben beim Gauvorsteher Gerlitke hat sich dieser bereit erklärt, an einer Einigung mitzuwirken. Ob ein Erfolg eintreten wird, bleibt abzuwarten. — Die Kollegen sind sämtlich begeistert und dürfte sich Herr Dr. Stresemann wohl in der Disziplin der beteiligten Kollegen sehr täuschen. Die Unternehmer können sich für ihren voraussichtlichen Hereinfall bei ihrem Strategen bedanken.

In Gaißberg in Sachsen sind bei der Firma Fickler ernste Differenzen ausgebrochen. Herr Fickler hat die Arbeitsordnung, die er gemeinsam mit dem Gauvorstand und der Werkstattkommission ausgearbeitet hat, umgestoßen und eine für uns unannehmbar an ihre Stelle gesetzt. Der Betrieb ist deshalb gesperrt und bitten wir, den Zugang fernzuhalten.

In Lübeck befinden sich bekanntlich unsere Kollegen aus den Möbelfabriken im Streik; dazu wird uns geschrieben: Schon im vorigen Jahre bestanden bei einem großen Teile der Kollegen die Absicht, wieder eine Lohnbewegung in der Lage anzuknüpfen; damals mußte aber mit Rücksicht auf die Geschäftslage und die bevorstehende Bewegung der baugewerblichen Arbeiter von einem Vorgehen Abstand genommen werden. Im Dezember v. J. wurde diese Frage wieder diskutiert und nahezu einstimmig beschlossen, den Arbeitsvertrag mit der Innung zum 1. April zu kündigen. In der am 16. Januar stattgefundenen Versammlung wurden unsere Forderungen formuliert, nämlich: 1. Verkürzung der Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden täglich. 2. Erhöhung des Lohnes von 45 auf 52 Pf. pro Stunde. Auf die jetzt gezahlten Löhne von 48 Pf. und mehr 4 Pf. Zuschlag. 3. Für Arbeiten außerhalb der Werkstatt im Stadtgebiet 8 Pf., außerhalb Lübeck 5 Pf. Zuschlag die Stunde und freie Bahnfahrt. Bezahlung der Fahrzeit als Arbeitszeit. Muß der Arbeiter auswärts bleiben, wird Kost und Logis vergütet. Auch die in den Möbelfabriken beschäftigten Maschinen- und Hilfsarbeiter beschloßen, sich der Bewegung anzuschließen und die gleiche Arbeitszeit, sowie Festsetzung eines Mindestlohnes von 40 Pf., steigend nach einjähriger Beschäftigung im Betrieb auf 44 Pf., nach zweijähriger auf 48 und nach dreijähriger auf 52 Pf. pro Stunde zu fordern. — Schon sofort, nachdem der Vertrag gekündigt war, konnte man beobachten, daß unsere Arbeitgeber, besonders aber die Möbelfabrikanten angingen, sich auf den Kampf einzurichten. Die Firma Demuth & Co. zum Beispiel hat schon anfangs Januar an ihre Kundschaft ein Rundschreiben versandt, in welchem unter Hinweis auf den bevorstehenden Lohnkampf um schnelle Aufgabe der Bestellungen gebeten wurde. Bei dieser Sachlage konnten wir mit dem Vorgehen gegen die Möbelfabrikanten nicht warten, bis diese ihre Lager gefüllt haben, zumal die Hochkonjunktur für Exportmöbel in die Monate Februar und März fällt. Dazu kommt, daß die Möbelfabrikanten der Innung nicht angehören, somit für uns vertragliche Verpflichtungen zum Warten bis 1. April nicht vorlagen. So fand denn auch der Vorschlag, kurzerhand die Forderungen einzureichen, in unserer Versammlung am 10. Februar den ungeteilten Beifall der Kollegen; es wurde beschlossen, die Antworten bis Freitag den 16. Februar zu erbitten. Anstatt nun auf die angebotenen Verhandlungen einzugehen, suchten die Möbelfabrikanten auf Umwegen aus der Klemme zu kommen. Die Herren Hünke & Stech, Demuth & Co. und Gebrüder Wassertradt, welche sich bisher aufs entschiedenste

gestraubt haben, der Innung beizutreten, fühlten auf einmal das Bedürfnis, an der „Hebung des Handwerks mitzuwirken“ und dieses durch ihre Beitrittserklärung zur Innung zu bekräftigen. Der Obermeister machte dem Gesellenausschuß hiervon Mitteilung, mit dem Hinzufügen, daß die genannten Firmen Einzelverhandlungen nicht mehr führen können. In bezug auf die Verhandlungen mit der Innung erklärt der Obermeister, daß er das Schreiben umgehend dem Vorstand unterbreiten wolle, und daß er hofft, daß die Verhandlungen schnellstens beginnen können. Hätten die Arbeitgeber verhandeln wollen, so hätten sie dieses in der gestellten Zeit ganz gut können, aber man wollte dadurch, daß man einen späteren Termin zur Verhandlung in Aussicht stellte, nur Zeit gewinnen, um die dringendsten Arbeiten fertigzustellen. Genau so, wie es die Baugewerksmeister in Lübeck im vorigen Jahre gemacht haben. So beschloß unsere am Sonntagabend den 17. Februar stattgehabte Versammlung einstimmig in den Möbelfabriken von Hünke & Stech, Demuth & Co. Gebr. Wassertradt und Ad. Geh am Montag den 19. Februar die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Mit der größten Ermächtigung haben die Kollegen diesen Beschluß zur Ausführung gebracht. Insgesamt sind 172 Tischler, Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeiter ausständig. — Inzwischen hat nun eine Verhandlung mit dem Innungsvorstand stattgefunden. Unser Erwartung, bei dieser Gelegenheit wegen der Arbeitszeitstellung in den Möbelfabriken zur Rede gestellt zu werden, erfüllte sich nicht. Leider ist durch ein Mißverständnis ein recht unliebsamer Zustand geschaffen, aber es kann nicht unsere Aufgabe sein, uns hierüber auseinanderzusetzen, die Sache wird an anderer Stelle verhandelt werden, ich bitte Sie alle, die Verhandlung recht sachlich zu führen.“ Mit diesen Worten leitete der Herr Obermeister die Verhandlung ein. Es ist dann nur über die Verkürzung der Arbeitszeit gesprochen worden. Kein Innungsvertreter hatte für seine Person etwas gegen die Arbeitszeitverkürzung einzumenden, die Herren wandten lediglich ein, daß sie Mitglieder des Arbeitgeberverbandes seien und daß dieser es nicht gestattet die Forderung stattzugeben, solange im Baugewerbe die 9 1/2-stündige Arbeitszeit noch besteht. Wir konnten dem gegenüber nur erklären, daß die Verkürzung der Arbeitszeit für uns die Hauptforderung sei, wovon wir nicht abgeben würden. Die Verhandlungen wurden dann vertagt, damit die Innungsversammlung nochmals über die Frage beraten soll. — Wir eruchen die Kollegen Deutschlands, uns in diesem Kampf durch Fernhaltung des Zugangs zu unterstützen.

In Böhmerwald im Erzgebirge scheint sich der Inhalt der großen Holzwarenfabrik, Herr Böttcher, noch immer nicht daran gewöhnen zu wollen, mit der Organisation seiner Arbeiter zu rechnen. Seine getroffenen Maßnahmen ließen deutlich erkennen, daß er die Entwicklung der Organisation zu hindern suchte. Herr Böttcher kennt das Statut des Holzarbeiterverbandes und ging seine Absicht dahin, die Organisation zu vernichten, bevor die Leute streikunterstützungsberechtigt geworden sind. Dieses veranlaßte anerkannter Weise den Vorstand, die Zustimmung zu einem sofortigen Vorgehen zu geben. Allerdings hätte die volle Streikunterstützung den Kollegen nicht gegeben werden können. Am 16. Februar hatte unser Gauvorsteher Gerlitke lange Verhandlungen mit Herrn Böttcher. Das Ergebnis war die Verkürzung der Arbeitszeit von 72 Stunden auf 70 Stunden mit Ausnahme von circa 10 Kollegen eine Lohnerhöhung. Lieferung von Weinwand an die Polierer und die Erklärung bei neuen Affordarbeiten werde der Durchschnittsverdienst garantiert und sollen dieselben so gestellt werden, daß ein höherer Verdienst erzielt werden könne. Wenn man die überaus traurigen Löhne und die bald un menschlich lang Arbeitszeit in Betracht zieht, kann der Erfolg der Bewegung zweifellos nur als ein bescheidener bezeichnet werden. Jedoch die Organisation erst einige Wochen alt ist, müßte die Kollegen doch schon den Einfluß der Organisation erkennen, und wenn sie es ehrlich mit sich und ihrer Familie meinen, müssen sie ihre Organisation weiter ausbauen und gegen Besondere nach immer festigen. Ganz besondere Aufgabe der Kollegen muß es sein, die Kollegen in Pöckau die Organisation heranzuziehen. Herr Böttcher hat versprochen für ein fortgesetztes Steigen der Löhne und der Affordarbeiten zu wirken; hält er dieses ein, dann wird er auch den Frieden erhalten, doch ist es dringende Pflicht der Kollegen, die Einigkeit und Organisation zu fördern, um eventuell jederzeit ihren Forderungen den notwendigen Nachdruck geben zu können.

In Renscheid ist die Situation des Streiks nach wie vor dieselbe. Die Streikenden erfüllen mit anerkanntem Wertem Eifer ihre Pflicht, sie halten einmütig stand. Auf den zu Beginn des Streiks flehgebildeten Arbeitswilligen haben sich sonstige Streikbrecher noch nicht eingefunden. Gegen haben sich einige Kleinmeister, welche keine Gesellen beschäftigten, dazu hergebeugt, Streikarbeit zu übernehmen von einem großen Einfluß auf den Streik dürfte der „Tätigkeit“ jedoch nicht sein.

In Schmöln sind die Uhrengehäusearbeiter eine Lohnbewegung eingetreten. Gefordert wird eine Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 57 Stunden pro Woche Erhöhung der Stundenlöhne um 4 Pf., unentgeltliche Affordtarife sowie Sicherung des Afforddurchschnittsverdienstes bei nichttariflichen Arbeiten und Bezahlung der Überstunden mit 10 Pf. Zuschlag. Es kommen über 200 Kollegen und Kolleginnen in Betracht. Die Arbeitgeber lehnten die recht bescheidenen Forderungen glatt ab. Würdigen teilweise nicht einmal einer Antwort, und zwar weil diese gemeinlich und von Seiten des Verbandes gestellt wurde. Auch lasse man sich von dem Chemnitzer Geher nichts schreiben. In drei Betrieben erfolgte daher am 24. Februar die fast einmütige Einreichung der Kündigung. Bei der Firma Uhlemann, wo Kündigung nicht bestand, stehen die Kollegen und Kolleginnen bereits im Streik. Die Feststellung der Affordarbeit wurde von der Firma nicht verlängert, sondern alle Arbeiter und Arbeiterinnen, ob organisiert oder nicht, wurden entlassen. Das Verhalten der Uhrengehäusefabrikanten in Schmöln deutet darauf hin, die Lohnbewegung zu einer Machprobe mit unserem Verband zu gestalten. Es wird gebeten, den Zugang streng fernzuhalten. In Themar sind bei der Firma Näder Differenzen ausgebrochen. Der Grund liegt in der Lieferung schlechtem Materials und der dadurch bedingten Schmälerung

**Lohnes der Korbmacher.** Herr Räder hat vor wenigen Wochen noch gutes Material besorgt, er will auch in einigen Wochen wieder solches beschaffen, erklärt aber, jetzt gute Weiden nicht beschaffen zu können, und lehnt es auch ab, den entstandenen Lohnausfall zu tragen. Durch den Bürgermeister des Ortes gemachte Vermittlungsversuche blieben erfolglos. Ja, Herr Räder hat sich nachträglich noch aufs hohe Pferd gesetzt und will drei Kollegen überhaupt nicht wieder einstellen. — Wenn der gute Mann nur nicht vom Pferde fällt!

### Aus der Holzindustrie.

**Behüt dich Gott, es wär so schön gewesen.**

Die Düsseldorf'scher Schreinermeister haben von dem vorjährigen Schreinerstreik Schaden gehabt, den sie hätten vermeiden können, wenn sie sich vernünftigen Erwägungen zugänglich gezeigt hätten. Der Arbeitgeberverband glaubte aber einen recht schlaun Coup zu machen, indem er gegen die bei dem Streik beteiligten Organisationen, nämlich den Deutschen Holzarbeiterverband und den christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerksverein auf Schadenersatz klagte. Als Versuchsanfänger wurde die Firma Werner & Hardach aussersehen, welche eine Entschädigung von 2600 Mk. einlagte. Wäre diese Klage erfolgreich gewesen, dann wären die anderen ehrenwerten Herren mit ihren Ansprüchen nachgefolgt und das langgesuchte Mittel, den Gewerkschaften das Streiken gründlich zu verleiden, wäre entdeckt gewesen.

Die Herren vom Arbeitgeberverband haben gehört, daß solche Entschädigungsfragen in England erfolgreich waren, und wollten den Versuch machen, den englischen Rechtsgrundlagen, die für das Urteil in dem berüchtigten Taff-Vale-Prozess maßgebend waren, auch in Deutschland Geltung zu verschaffen. Die Klage stützt sich auf den § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Das Niederlegen der Arbeit ohne Einhaltung der Kündigungsfrist sei ein Verstoß gegen die guten Sitten, meint nämlich die Firma. Ebenfalls wird in der Organisation des Streikpostens ein Verstoß gegen die guten Sitten gesehen! Weil nun die Unterstellungen aus der Hauptklasse gegahlt wurden, sollen die Vorisenden der Zentralverbände haftbar sein. Die Verbände hätten auch den Kontraktbruch der Arbeiter gebilligt und unterstützt. Ein Beweis dafür, daß die Verbände für die Organisation des Streikpostens verantwortlich sind, wird darin erblickt, daß aus den Zentralverbänden stets die Anwaltskosten für die Streitenden bezahlt wurden, die wegen Streikvergehens angeklagt waren.

Demgegenüber machten die Beklagten geltend, daß ein Streik nichts Unstittliches oder gegen die guten Sitten Verstoßendes sei, denn nach dem § 152 der Gewerbeordnung sei dieser gesetzlich erlaubt. Dann aber auch handle es sich gar nicht um einen Streik, sondern um eine Aussperrung. Am 1. Juli v. J. habe die klägerische Firma eine neue Arbeitsordnung durch Anschlag bekanntgegeben, und als die Arbeiter sich weigerten, diese anzuerkennen, sei ihnen erklärt worden, dann brauchten sie nicht weiter zu arbeiten; die Firma habe ihnen die Papiere ausgehändigt. Bei jedem Streik oder jeder Aussperrung sei es üblich, daß Streikposten ausgestellt werden und daß die Arbeiter unterstützt würden.

In dem am 20. Februar vom Landgericht in Düsseldorf verkündeten Urteil wurden die Ansprüche der Klagen den Firma abgewiesen. Das Urteil stützt sich darauf, daß ein Schutzrecht des Unternehmers gegenüber den Arbeiterorganisationen rechtlich nirgendwo gewährleistet sei. Ersatzansprüche können nur gegen den einzelnen Arbeiter geltend gemacht werden.

Diesmal war es also nichts mit dem gegen die Gewerkschaften gerichteten Schlag; das wird aber die Scharfmacher nicht hindern, auf neue Mittel zu finnen, um den Arbeiterorganisationen das Leben schwer zu machen.

**Die Gaukonferenz des Gaues Berlin,** die am 25. und 26. Februar in Frankfurt a. O. tagte, sprach sich nach einem uns zugegangenen Telegramm in namentlicher Abstimmung mit 102 gegen 10 Stimmen für Einführung der Krankenunterstützung aus.

**Wieder eine Milzbrandvergiftung.** Aus Nürnberg wird uns mitgeteilt, daß der verwitwete Pinselmacher Deinger, beschäftigt in der Pinselfabrik Uhlfeder, Donnerstagabend plötzlich verstorben ist, nachdem er noch am Dienstag seine Arbeit ohne jede Beschwerden verrichten konnte. Ein kleines Bläschen im Gesicht wurde von dem Verstorbenen nicht weiter beachtet, und als der Arzt am Mittwoch gerufen wurde und Milzbrand konstatierte, war es bereits zu spät; das Leben des Kollegen war nicht mehr zu retten. Seitens der Nürnberger Volksgesundheit wurde sofort die Desinfektion des Arbeitsraums und des gesamten Materials angeordnet. Die immer wieder vorkommenden Fälle von Milzbrandvergiftungen dürften aber beweisen, daß die jetzt bestehenden Vorschriften ungenügend sind und baldigt durch weitergehende ersetzt werden müssen.

### Gewerkschaftliches.

**Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine**

gehen den Krebsgang. Am Schlusse des Jahres 1905 zählten sie nach der im „Gewerksverein“ veröffentlichten Abrechnung 116 148 Mitglieder, das bedeutet eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 4254 oder 3,9 Prozent. Angesichts des Wachstums der freien Gewerkschaften ist dieser Fortschritt so geringfügig, daß mit Recht von einer Stagnation gesprochen werden kann. Bei einer ganzen Reihe von Gewerksvereinen ist auch tatsächlich ein Rückgang zu verzeichnen, so ging die Mitgliederzahl der Bauarbeiter von 1331 im Jahre 1904 auf 1278 zurück, ferner gingen zurück die Bildhauer von 456 auf 439, die Fabrik- und Handarbeiter von 21 179 auf 20 084, die Konditoren von 315 auf 282, die Schneider von 8830 auf 8686, die Schuhmacher und Lederarbeiter von 5690 auf 5490, die Tischler von 8579 auf 8078, die Kellerer von 90 auf 60 und der Gewerksverein deutscher Frauen von 1160 auf 1068. Eine nennenswerte Zunahme haben nur die Bergarbeiter, die von 597 auf 2189, und die Maschinenbau- und Metallarbeiter, die von 43 827 auf 49 713 stiegen, zu verzeichnen. Aber auch diese Gewerksvereine haben, wenn

man die gewaltige Zahl der in den freien Verbänden der betreffenden Berufe organisierten Arbeiter in Betracht zieht, keine besondere Bedeutung.

Die vorliegende Abrechnung beweist aufs neue, daß es mit dem Einfluß der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine auf die deutsche Arbeiterbewegung, soweit ein solcher überhaupt jemals vorhanden war, endgültig vorüber ist.

**Das neue Statut des Deutschen Senefelderbundes** ungültig. Bekanntlich hatten einige Mitglieder des Senefelderbundes die jüngst erfolgte Statutenänderung beanstandet und gegen den Vorstand Klage erhoben. Das Landgericht in Frankfurt als erste Instanz gab dem Klageantrag statt und stellte die Ungültigkeit des neuen Statuts fest. Am 22. Januar beschäftigte sich das Oberlandesgericht als Berufungsinstanz ebenfalls mit der Streitfrage. In der jetzt erfolgten Verkündung des Urteils wurde die Berufung des Vorstandes verworfen. Wenn das Reichsgericht nicht noch eine andere Entscheidung trifft, dann muß das abgeänderte Statut einer nochmaligen Beratung unterzogen werden.

**Der Verband der Gastwirtsgehilfen** zählte am Schlusse des Jahres 1905 3908 Mitglieder gegenüber 3025 am Schlusse des Vorjahres. Das Vermögen des Verbandes beträgt 42 636,55 Mk.

**Der Verband der Portefeuillier** hatte am Schlusse des vorigen Jahres 3212 männliche und 367 weibliche Mitglieder. Der durchschnittliche Mitgliederstand erhöhte sich im letzten Jahre um 816 oder 26,17 Prozent. Der Kassenbestand betrug am Jahreschluß 70 001,26 Mk.

**Der Schmiedeverband** hat sich im letzten Jahre ebenfalls erfreulich entwickelt. Seine Mitgliederzahl stieg von 12 903 auf 16 712. Dagegen nahm der Vermögensstand ab, er betrug jetzt 8000 Mk. weniger als im Jahre vorher. Diese Differenz ist zurückzuführen auf die großen Kämpfe, die der Schmiedeverband zu bestehen hatte. In einem Quartal wurden allein 62 811,30 Mk. für Streiks und Aussperrungen ausgegeben. Die Kämpfe an der Unterweser, die Aussperrungen in Bayern und Berlin haben große Summen gekostet. Die immer gewaltiger werdenden Kämpfe in der Eisen- und Metallindustrie zeigen, daß nur ganz große Verbände dem koalitierten Unternehmertum noch ernsthaften Widerstand leisten können. Diese Tatsache hat dem Gedanken, sich aufzulösen beziehungsweise sich dem Metallarbeiterverband anzuschließen, neue Nahrung gegeben. Im Fachblatt der Schmiede wird seit Wochen eine eifrige Diskussion über die Frage Industrie- oder Branchenverband geführt. Die nächste Generalversammlung des Verbandes, die im kommenden Mai in Berlin tagt, wird zeigen, ob eine Mehrheit für den Anschluß an den Metallarbeiterverband vorhanden ist.

### Soziale Rechtspflege.

**Erhält ein Arbeiter, der auf dem Wege zur Arbeit mißhandelt wird, Unfallrente?** Diese Frage hat das Reichsversicherungsamt in einer Entscheidung vom 16. Juni 1905 bejaht. Gelegentlich einer Bauarbeiteraussperrung in den Untereserorten im April 1904 war der Maurerpolster R. auf dem Wege zur Arbeit von zwei ausgesperrten Bauarbeitern mißhandelt worden. Die von dem Verletzten geltend gemachten Unfallentschädigungsansprüche wurden von der Berufsgenossenschaft und dem Schiedsgericht zurückgewiesen. Das Reichsversicherungsamt hat nun seine die Berufsgenossenschaft verurteilende Entscheidung folgendermaßen begründet: „R. ist keineswegs einer Gefahr des täglichen Lebens erlegen; er ist vielmehr einer besonders gefährlichen Gefahr zum Opfer gefallen, der andere Straßenpassanten nicht ausgesetzt waren, sondern die gerade ihn wegen seiner Betriebsstätigkeit bedrohte. In Zeiten des Streiks oder der Aussperrung tritt erfahrungsgemäß für die Arbeitswilligen zu den technischen Gefahren des Baubetriebs noch die weitere Gefahr, von den feindseligen Arbeitern bedroht und angegriffen zu werden. In solchen Zeiten tritt die Gefahr der Beschädigung des Betriebes über die Betriebsstätte hinaus. Der Umstand, daß R. die Betriebsstätte im Augenblick des Überfalls noch nicht erreicht und seine Arbeit noch nicht aufgenommen hatte, steht daher der Annahme eines Betriebsunfalls nicht entgegen. Dazu kommt, daß während im allgemeinen der Weg zur Betriebsstätte überwiegend im eigenwirtschaftlichen Interesse des Arbeiters unternommen wird — bei den zur Zeit des Unfalls herrschenden Arbeitsverhältnissen der Betriebsunternehmer in mindestens gleich hohem Maße daran interessiert war, daß die wenigen Arbeitswilligen sich zur Arbeit einfanden. Es entfällt daher vorliegendfalls auch der Grund, der hauptsächlich dafür bestimmend gewesen ist, die den Arbeitern auf dem Wege von und zur Arbeit zustoßenden Unfälle von der Versicherungspflicht auszunehmen.“

### Eingefandt.

**Aufruf an die Korlarbeiter Deutschlands.**

Werte Kollegen! Wie den meisten von uns bekannt sein dürfte, hat für unseren Beruf eine eigene Organisation bestanden, welche den Namen „Deutscher Korlarbeiterverband“ führte. Aber schon nach einigen Jahren seines Bestehens erkannten die Kollegen die Schwäche unseres Verbandes und entschlossen sich, dem Deutschen Holzarbeiterverband beizutreten, in der Hoffnung, als Angehörige dieser großen Organisation bessere Fortschritte zu machen. Aber ich muß gestehen, daß sich bis jetzt für uns noch nichts gebessert hat. Ich will damit nicht etwa unserer Verbandsleitung einen Vorwurf machen, sondern den Kollegen. Denn ehe wir überhaupt daran denken können, erfolgreich Lohnforderungen zu stellen, müssen wir doch in erster Linie suchen, unsere Kollegen dem Verband zuzuführen. Aus diesem Grunde wäre es sehr notwendig, daß sich der Verbandsvorstand und die Gauvorstände etwas mehr um die Korlarbeiter kümmern würden, da es unter den Korlarbeitern selbst an Agitatoren fehlt. Vielleicht ließe sich der Hauptvorstand herbei, einmal eine allgemeine Agitation unter den Korlarbeitern zu entfalten. In erster Linie wird es nötig sein, da, wo es möglich ist, Sektionen zu bilden, und in den Versammlungen derselben eingehend die Frage: „Agitation unter den Korlarbeitern“ zu diskutieren. Aber solange die Kollegen an den

Orten, wo unsere Branche gut vertreten ist, sich nicht rühren, wird unsere Arbeit nicht viel nutzen. Ein großes Arbeitsfeld bietet sich den Gauvorstehern besonders im Königreich Sachsen (Thüringen und sächsisches Erzgebirge), ich will nur Raschau, Deumbach und Geisa anführen. Wir wissen ja alle, daß es schwer sein wird, bei den miserablen Verhältnissen in diese Gegend die Organisation hineinzutragen. Aber es muß doch einmal ein Anfang gemacht werden. In Frankenthal in Süddeutschland besteht eine Korffabrik, welche allein zirka 500 Arbeiter beschäftigt; sollten auch dort keine Erfolge zu erzielen sein? Aber es ist eben, was Agitation unter den Korlarbeitern anbelangt, absolut noch nichts geleistet worden. An Orten, wo die Korlarbeiter gut organisiert sind und treu zusammenhalten, werden sie bei Lohnbewegungen auch Erfolge erzielen. Ich will nur Bielefeld anführen. Aber ich möchte auch den Bielefelder Kollegen raten, nicht auf der Bärenhaut auszuruhen, sondern energisch mit in die Agitation einzugreifen, denn auch sie werden mit ihren jetzigen Verhältnissen noch nicht zufrieden sein. Als ich voriges Jahr ein „Eingefandt“ unter dem Titel: „Ein Wort an die Korlarbeiter Deutschlands“ in der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlichte, rechnete ich bestimmt darauf, daß die Kollegen dazu Stellung nehmen würden, damit wir einmal einen Schritt vorwärts kämen, aber es war nicht der Fall; unsere Kollegen sind eben zu interesselos. Auch die Arbeitsnachweisfrage möchte ich unter den Kollegen behandelt wissen. So wie es jetzt mit dem Arbeitsnachweis bestellt ist, kann es nicht weitergehen. Es muß Remedur geschaffen werden. Der Zentralarbeitsnachweis muß den Kollegen sowie den Fabrikanten genügend bekannt gemacht werden; letzteres geht sehr leicht durch eine Offerte in der „Korlarbeiter-Zeitung“. So mancher Korffabrikant sucht Leute und weiß nicht, wohin er sich wenden soll. Ich würde empfehlen, daß der Hauptvorstand durch ein gut abgefaßtes Flugblatt an die Korlarbeiter Deutschlands ganz besonders in diesen rückständigen Gegenden die Agitation in die Wege leitet. Kollegen, nur wenn wir vereinigt sind in leistungsfähiger Organisation, können wir unsere schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse günstiger gestalten.

Darum, wenn ihr wollt, daß es in unserem Beruf besser werden soll: Ginein in den Deutschen Holzarbeiterverband. **Cottbus. K. W.**

### An die Stellmacher und Zahlstellenverwaltungen im Gau Elberfeld.

Im Anschluß an die Stellmacherkonferenz von Halle ist unterzeichnete Sektion der Meinung, daß es endlich an der Zeit ist, mit der praktischen Agitationsarbeit zu beginnen, wollen wir nicht, daß die gegenwärtige gute Konjunktur ohne Erfolg für uns vorübergeht. Stehen wir doch auf dem Standpunkte, daß die Tagung der Konferenz lediglich nur eine Vorbesprechung für eine intensive Agitation war, wie auch die erschienene Broschüre nicht im entferntesten genügt, die Stellmacher mehr wie bisher der Organisation zuzuführen. Man hat eine Kommission mit dem Sitz in Berlin gewählt, welche alles Weitere veranlassen soll; aber damit ist unseres Erachtens keineswegs das Richtige getroffen, weil von Berlin allein absolut nicht das Gesehene kann, was notwendig ist. Selbst wenn die Kommission den besten Willen hätte, würden Erfolge außer ihrer näheren Umgebung kaum zu erwarten sein, wenn die Kollegen im Reich nicht selbst Hand ans Werk legen. Dieses zu veranlassen, soll hauptsächlich der Zweck dieser Zeilen sein. Mit Recht wurde seitens des Vertreters des Hauptvorstandes auf der Konferenz betont, daß fähige Kräfte genügend unter den Stellmachern vorhanden seien, wie man ja auch voraussetzte, solche Kollegen als Delegierte zu wählen, die dann auch aktiv eingreifen sollten. Da nun kurz vor dem Verbandsstag in Köln die Gaukonferenzen tagen, wird es notwendig, den begonnenen Faden von Halle auf den Gautagen weiterzuspinnen, damit in den Zahlstellen das getan wird, was bisher versäumt wurde. Die Gauvorstände müssen ohne weiteres mit den vorhandenen Kräften unter den Stellmachern eine planmäßige Agitation einleiten. Wenn auch in einigen Zahlstellen gute Sektionen bestehen, so ist doch zu konstatieren, daß in dem größten Teil der kleineren Zahlstellen die wertigen Kollegen nur vereinzelt der Organisation angehören. Das kommt einmal dadurch, daß die Lokalverwaltungen, zum größten Teil aus Kollegen anderer Berufe zusammengesetzt, nicht wissen, wie an die unorganisierten Stellmacher heranzukommen ist, und zum anderen auch selbst organisierte Kollegen nicht das Zeug zur Agitation besitzen. Hier nachzuhelfen, dazu sind unseres Erachtens die vorhandenen Kräfte in den größeren Zahlstellen verpflichtet. Wollen wir doch, daß die Kollegen der Konferenz in Halle auch die nötigen Erfolge bringen, selbst wenn auch fortlaufende Kosten für die weitere Agitation entstehen, die sich doppelt und dreifach verzinsen werden. Der verfloßene Kampf in den Kölner Waggonfabriken sollte nicht ohne die nötigen Lehren für uns vergessen werden, vielmehr ein Ansporn sein, uns zu erfolgreicherem Kampfen zu rüsten.

Es kann nun unsere Aufgabe nicht sein, alle Missetände hier anzuführen, unter welchen die Stellmacher, und besonders die in den Waggonfabriken, leiden, das soll und muß vielmehr Aufgabe der Zahlstellen sein, in denen solche Betriebe vorhanden sind. Wir beabsichtigen deshalb, durch noch zu versendende Zirkulare an die in Betracht kommenden Zahlstellenverwaltungen, eine durchgreifende Agitation zu entfalten, um so den seinerzeit in Köln begonnenen Plan zu vollenden. Auf welche Weise solches zu geschehen hätte, soll in dem Zirkular näher auseinandergesetzt werden, und rechnen wir mit Bestimmtheit auf die Mithilfe aller Kollegen und der Gaulteitung. Kollegen, die Reaktion und das gefamte Unternehmertum sind an der Arbeit, uns unsere Lebenslage noch mehr zu verschlechtern, unsere Existenz ist uns durch die Maßnahmen der Regierung ohnedies genug verschlechtert, unser Ruf sei: „Genug damit, auf zur Agitation zur Erreichung menschenwürdiger Verhältnisse für die Stellmacher.“ Die Sektion der Stellmacher Düsseldorf.

### Literarisches.

**Stil und materialistische Geschichtsauffassung.** Ein Versuch von Karl Kautsky. Internationale Bibliothek, Band 88. — Preis broschiert 1 Mk., gebunden 1,50 Mk. Verlag von J. F. W. Dieck Nachf. in Stuttgart.

**Versammlungs-Anzeiger.**

Nienburg. Die Mitgliederversammlungen finden jeden zweiten Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, bei Gastwirt Hentel, Hinterstraße, statt.

**Anzeigen.**

**Basel.** Holzarbeitergewerkschaft. Allen über Basel durchreisenden Kollegen teilen wir mit, daß unsere Herberge, Verkehrslokal, Arbeitsnachweis und Auszahlung der Reiseunterstützung von jetzt ab im Gasthof Zum roten Ochsen, Dörfelgasse in Kleinbasel, verlegt ist. Der Sektionsvorstand. **Wiesbaden a. Rhein.** Unser Arbeitsnachweis befindet sich bei Kollege Traber, Kaiserstraße 46, wo selbst auch die Reiseunterstützung ausbezahlt wird. Umgehungen streng verboten. Verkehrslokal, Kaiser Adolf, Wiesbadenerstraße 30. **Frankfurt a. M.** Arbeitsnachweis der Holzarbeiter im Gewerkschaftshaus, Stöckelstr. 18, 2. St. Telefon 1378. Stellenausgabe jeden Werktag, vormittags von 9-10 und nachmittags von 3 1/2-4 Uhr. Dasselbe auch Auszahlung der Reiseunterstützung. Umgehungen streng verboten. **Helmstedt.** Kollegen, die in Helmstedt in Arbeit zu treten gedenken, werden ersucht, sich zuvor an die Sozialverwaltung zu wenden. **Herford.** Arbeitsnachweis der Holzarbeiter im Restaurant Lindenhof, Am Albbertor. Telefon 126. Die Kollegen werden dringend ersucht, nur obigen Arbeitsnachweis zu benutzen. Stellenausgabe Wochentags abends von 7-8 Uhr, Sonntags vormittags von 11-12 Uhr. Dasselbe auch Auszahlung der Reiseunterstützung. Der Arbeitsnachweis Waisenhausstraße ist gesperrt. Umgehungen streng verboten. **Zimmerau.** Die Kollegen, welche hier in Arbeit zu treten gedenken, werden ersucht, erst beim Vorstehenden, Kollegen Herrn Kirschke, Südstraße 16, Erlaubigungen einzuziehen. **Schönlande.** Diejenigen Bahnhöfe, welche im Westb überflüssiger Bibliotheksbücher sind und gewollt, selbstige gegen kleine Entschädigung zu verabschieden, werden ersucht, selbstige an unterstehende Adresse zu berichten. **W. Wälffler, Schönlande an der Ostbahn, Wilhelmstraße 15.** **Wiesbaden.** Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Bischof, Hermannstraße 26, Hg. I. r. Umgehungen streng verboten. Die Reiseunterstützung wird bei Heichel, Schulgasse 4, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr. **Wilsau.** Unterstufungen zahlt der Kassierer Arthur Seibel, Kirchbergerstraße 175, mittags von 12-1 Uhr, abends von 8 1/2-8 Uhr und Sonntags von 12-1 Uhr.

Der Schreiner Adolf Wolf, geb. am 16. August 1873 in Reichenau, letzter Wohnort Nienburg, wird um seine Adresse ersucht. Kollegen, die dessen Aufenthaltsort wissen, mögen ihn darauf aufmerksam machen. Die Sozialverwaltung Zweibrücken. Peter Wittendörfer.

Kollege Möbelpolierer Gustav Jeller, geb. 17. Mai 1884 zu Landsberg a. W., sende Deine Adresse an Deine Schwester Luise bei Rechnungsrat Plügge in Stogitz bei Berlin, Mariendorferstraße 80. Kollegen, die dessen Aufenthaltsort wissen, werden gebeten, ihn darauf aufmerksam zu machen.

Der Wirtinmaler A. Buchen wird ersucht, seine Adresse zu senden an Herrn Dietrich, Wilhelm a. d. Ruhr, Restaur. Bürgerhalle, Kaiserplatz.

25-30 Mann hat abgegeben die Bahnhöfe Gürtel i. B. Gg. Schlämmer, gib sof. Nachr. an W. Schlämmer, Stuttgart, Dlagstr. 70 b III. Es w. geb., ihn hierauf hinzuw.

**Lokalbeamter.**

Wir suchen für unsere Zahlstelle, ca. 900 Mitglieder, zum 1. April 1906 eventuell sofort einen Lokalbeamten. Bewerber müssen mit der Führung der Kassengeschäfte vertraut sein, in organisatorischer und agitatorischer Hinsicht Erfahrungen besitzen. Offerten mit einer Darstellung der bisherigen Verbandstätigkeit, sowie mit einer selbstgeschriebenen Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten sind bis 15. März b. J. mit der Aufschrift Bewerbung einzuliefern an Kurt Fuhrmann, Weichengasse bei Berlin Prenzlauer-Chaussee 17, 1 Tr.

Ein tüchtiger selbständiger Möbeltischler findet sofort Beschäftigung. Emil Riedel, Spremberg N.-E.

Tüchtige Möbelschreiner, Seiger und Polierer finden dauernde und lohnende Beschäftigung bei Möbelfabrik Veihl & Co. (m. b. H.) Pforzheim.

Zwei tüchtige Tischlergesellen, die perfekt auf furnierte Möbel arbeiten, gesucht. Karl Abendroth Waldruh bei Schiltorf, Regbz. Danabrück.

Mehrere tüchtige Möbelschreiner sucht Ernst Beck, Möbelfabr., Weichheim, Württ.

Suche zu sofort mehrere durchaus tüchtige Tischler auf gute weiße Möbel bei gutem Akkordlohn. Verheiratete werden bevorzugt. Heinrich Rieck, Wismar i. Mecklbg.

Tüchtige Buffettischler finden lohnende eventl. dauernde Stellung bei Rich. Saalfeld, Möbelfabr., Helmstedt.

Polierer. Einige tüchtige Polierer finden hohen dauernden Verdienst. Bannett & Co. Stuhlfabrik, Springe b. Hann.

Tüchtige, gewandte Maschinenarbeiter finden sofort dauernde Beschäftigung. S. D. Jaffé, Söhenholm b. Bromberg Dampfzweigwerk und Holzbearbeitungsfabrik.

Tüchtige Möbeltischler auf furnierte Möbel stellt ein Möbelfabrik A. Türklitz, Brandenburg.

Zum Antritt per 1. März, event. sofort werden gesucht: 1 Wandlängenschneider, 1 Präser, 2 Uhrmacher, 1 Mann für die Bierkantmaschine, 1 Mann für die Papierschneidmaschine. Max Danziger, Holzbearbeitungsfabrik Königshütte D.-E.

**Werkzeugmacher gesucht.**

Wir suchen zu sofortigem Eintritt: 1 gewandten Arbeiter auf Schraubzwingen und Schraubstichte, 1 dto. auf Sägenstelle, Schubladen und Schreinerarbeiten, 1 tüchtigen Holzdrehler sowie 1 jüngeren Maschinenarbeiter. Bad. Holzwerkzeugfabrik Oos Oos b. Baden-Baden.

Ein junger tüchtiger Stelmacher erhält dauernde Beschäftigung bei P. H. Peters, Landstet, Insel Wfen.

Stelmacher für Arbeits- u. Geschäftswagen gesucht. J. Tapken, Wilhelmshaven.

Tüchtige Stockfeiler bei gutem Lohn und dauernder Stellung auf sofort gesucht. Oskar Rocholl Nachf., Cassel Molltestraße 5.

Einige tüchtige Kammmacher sowie ein bis zwei Schneider für Schweizer Maschinen sucht per sofort bei hohem Lohn und dauernder Stellung. Gustav Rüger Kammmfabrik, Ober-Kamstadt.

Tüchtiger Pfaffbacinzieher bei hohem Lohn sofort gesucht. Verheirateter bevorzugt. Adolf Haase, Gotha, Burgfreiheit.

Tücht. Bohrer, der nebenbei Zuschneiden kann, gesucht. Gebr. Schopen, Korffabrik, Dortmund.

Zwei Wirtinmacher auf Pechen und Einziehen bei hohem Akkordlohn sofort gesucht. Chr. Schönwoll, Offenbach a. M.

Mehrere tüchtige Ringinselmacher, Pecher auf Plafondbürsten, sowie Zurichter finden sofort dauernde Beschäftigung. Thüringer Pinselfabrik Franz Ruge, Arnstadt.

Zwei Korbmachergejellen auf Gematt und einen auf Reife- und Waschlörbe, dauernde Arbeit, sucht F. Allrich, Berleberg.

Gesucht werden zwei Korbmachergejellen auf grün Geschlagen für dauernd bei gutem Lohn. Geregelt Arbeitszeit, Kost und Logis außer dem Hause. Otto Pöche, Korbmacher, Balersberg b. Zechin i. Oberbruch.

Suche sofort einen jungen ordentlichen Korbmachergejellen auf grün und weiß Geschlagen. Reinhold Hausotter, Korbmachermeister, Ufermünde, Pommern.

6-8 Korbmacher auf Demijohns und Ballonbröbe zum sofortigen Eintritt bei dauernder Arbeit und gutem Akkordlohn gesucht von Eduard Messmer Korbstaschenfabrik, Koblitzell, Baden.

Korbmacher auf Obstschwingen verlangt sofort Wilh. Görlitz, Werber b. Potsdam.

100 Mark Belohnung dem Wiederbringer der beim Wittenbergplatz verlorenen Hermelinboa. Drömer, Berlin, Großgörschenstr. 88.

Krankheitshalber beabsichtige ich, meine n. mod. Masch. neuerbaute Möbelfabr., 10 Bänke, i. d. Pion. Brandenburg, bill. zu verkaufen. ev. zu überlassen. Es liegt ca. 6000 Mk. aufzunehmen, wenn dies inhandelt ist, o. bill. d. Wecht. zu übernehmen. Gesich. Aufträge reichl. vorh. Off. u. A. B. 63 an die Exp. d. Btg.

**Gebrüder Rauh**  
Stahlwarenfabrik  
Versandhaus I. Ranges  
Gräfrath bei Solingen.  
Gingetragene Fabrikmarke.  
BRILLANT

Jedermann verlange unseren neuesten, reich illustrierten **Pracht-Katalog**, welcher umsonst und portofrei ohne Kaufzwang versandt wird. Derselbe enthält ca. 6000 Gegenstände aller Warengattungen, zum Beispiel: Alle Arten Solinger Stahlwaren, Haus- und Küchengeräte, Werkzeuge, Luxusartikel, Waffen, optische Waren, Nickel-, Gold- und Silberwaren, Uhren, Lederwaren, Pfeifen, Zigarren, Stöcke, Schirme, Musikinstrumente, Kinder-Spielwaren und viele andere Artikel in größter Auswahl. Ueber 5000 lobende Anerkennungs-schreiben bestätigen Güte u. Qualität unserer Waren. \* Bei Sammel-Aufträgen Extra-Vergünstigungen.

Otto Bergmann, Berlin SO. 33, Oppelnerstrasse 31

**Abziehsteine**

Spezial-Preisliste gratis und franko.

Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund gibt jungen intelligenten Arbeitern Gelegenheit, kostenfrei unsere ideale Kurzschrift zu erlernen. Interessenten richten unter Beifügung üblichen Portos ihre Adresse an

August Grimm, Frankfurt a. M., Alt. Markt 36. Bitte ausschneiden, aufheben oder weitergeben.

Die berühmten **Frankenräder** sind unerreicht in Preis und Qualität. Gute Gebrauchsräder schon von Mk. an mit 1 1/2 u. 5 Jahre Garantie und Zubehör enorm billig. **Nähmaschinen 33** an, feinste deutsche Singer. Räder u. Nähmaschinen 30 Tage z. Ansicht. Zahlreiche höchst lobende Anerkennungen. Katalog umsonst. Vertreter gesucht **Weinland & Co., Nürnberg 30.**

**Tischler-Fachschule Detmold**  
Werkführer- und Technikerkurse  
Gefähliche Meister-Prüfung  
Programme frei durch die Direktion

**Tischler-Fachschule.**  
Zeichner, Werkführer, Meister  
**Neustadt i. Meckl.**  
Staatlich subv. Progr. kostenlos

Streng reelle und billigste Bezugsquelle!  
In mehr als 150 000 Familien im Gebrauche!  
**Gänsefedern,**  
Gänsefedern u. alle andere Sorten Bettfedern, Neuhett u. bestefedert, garantiert! Gute, preisw. Bettfedern p. Pfund für 0,80; 1 Mt.; 1,40. Prima-Faltfedern 1,60; 1,80. Polarfedern: halbweh 2, weh 2,50. Silberweh Bettfedern 3, 3,50; 4; 5. Göttinger Gänsefedern 2,50. Polarfedern 3; 4; 5 Mt. Jede beliebige Pfundzahl sollfrei gegen Nachnahme! Zurücknahme auf unsere Kosten!  
**Pecher & Co. in Herford W**  
Nr. 2214 in Westfalen.  
Proben und Preislisten, auch über Bettstoffe und fertige Betten, kostenfrei. Angabe der Bezugsquellen für Federproben erwünscht!

**Paul Horn Fabrik chemischer Produkte Hamburg 23**

Über die Eigenschaften und zweckmässigste Anwendung meiner folgenden Spezialitäten **Jubiläumskatalog**, ein Lehrbuch des Polierens, Reizens, Mattierens, Lackierens usw. des Holzes, gründlichen und leicht fasslichen Aufschluss:

- Jubiläum-Politur, Patent-Politur, Kopal-Politur, Benzoe-Politur, filtrierte Schellack-Politur, porenschliessende Untergrund-Politur, Schellack-Porenfüller, Brunolin, Mattine, Bohnervachs, Salonmatt.
- Politurglanzlacke, Kristallglanzlacke, Brillantlack, Petersburger Lack.
- Schleif- und Polieröl. Farbige Porenpulver.
- Spiritusbeizen, Ambrantbeizen, Wasserbeizen, Körnerbeizen, Salmiakbeizen.
- Flintsteinpapier, Lederleime.
- Polierspiritus usw. usw.

Mein Jubiläumskatalog, ein wirkliches Lehrbuch für die Praxis und die Werkstatt, ist von den hervorragendsten Fachautoritäten und der gesamten Fachpresse glänzend beurteilt worden. Preis Mk. 1.50.

Allen meinen verehrl. Kunden und solchen Interessenten, die mir eine Bestellung übermitteln, liefere ich dieses technische Lehrbuch aus Anlass meines 25jähr. Jubiläums gratis u. franko.

Ferner empfehle:  
**Der Buchhaltungs-Meister.** Zweite verbesserte Auflage. Enthält in markiger Werkstattp Sprache leicht fassliche und gründliche Anleitungen für jeden Gewerbetreibenden zur Einrichtung einer geordneten Buchhaltung und goldige Ratschläge für die Geschäftsführung. Herausgeber Paul Horn, Hamburg. Preis gebunden Mk. 1.25, broschiert Mk. 1.—. Zu beziehen vom Verlag H. Carly, Hamburg 1.

**C. Bratsch**  
nur in **Reinickendorf (bei Berlin)**  
Lack- und Polierfabrik  
liefert schon 40 Jahre die vorzüglichsten Spezialitäten wie schwarzen und nussbraunen **Mattlack**, wasserechte Mattierung, verbesserte **Schellackpolitur**, u. die billigsten, tadellosten **Politurlacke**.

**Wir verschenken Garantie-Portemonnaie!**  
Aus einem Stück gutem Longrain-Monton-Leder. — 4 Fächer (große Zahl-tasche) mit vernickeltem Innenrohrbügel, vernickeltem Schloß, für Herren und Damen. Größe geschlossen 8x8 cm, bequem mitzuführen, bloß um jedermann von der Güte und Eleganz dieses Portemonnaies zu überzeugen, für die Hälfte des bisherigen Verkaufspreises, welcher 1,20 betrug.  
Senden Sie uns 65 Pfg. (und 20 Pfg. Porto extra) durch eine 10 Pfg.-Postanweisung oder auch in Briefmarken ein, also die Hälfte des bisherigen Verkaufspreises, so erhalten Sie das Portemonnaie sof. frei ins Haus zugesandt.  
Bestellen Sie sofort, da der Andrang ein riesiger ist.  
**Katalog** über alle Arten Messer, Scheren, Rasiermesser, Haushaltungsgegenstände, Uhren, Ketten, Ringe, Broschen, Laubsägeartikel, Waffen, Feldstecher, Fernrohre, Spielwaren, Puppen, Parfümerien, Musik- und Lederwaren, Photographie- und portatrenalben, Schirme, Stöcke, Rauchutensilien, Zigarren usw. umsonst.  
**Kirberg & Comp. in Foche bei Solingen.**  
Ältestes Fabrikationsgeschäft Solinger Stahlwaren mit Versand direkt an Private.  
Wenn nicht gefällt, Geld zurück!  
Jed. Leser dies. Zeitg. erh. zwecks Bekanntschaft ein fff. Coull g. M. 20 Büll. 50 Sordelher. 80 Sprott. 30 neu M Her! 2 Wd. Dos. fff. Anchovis 1 Std. Lachs u. 1 ganz kleiner Rauchal. Alles zu nur 3 Mt. Degeners Fischgroßverh. Swinemünde 500.  
Verlag von Karl Klop in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart